Morgenausgabe

Nr. 265 / A 134 — 49. Jahrgang

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3,25 M. (davon 67 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,65 M.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend". Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch 8. Juni 1932

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspalt. Millimeterzeile 80 Pf. Reklamezeile 2,— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt lt. Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Millimeterzeile 25 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemer Str. 65/66.

Preußen wird baronisiert.

Wie Hitler es befiehlt . . .

Das preußische Staatsministerium hielt am Dienstagabend eine mehrstündige Beratung ab, die sich mit der aus dem Scheitern der Finanzverhandlungen zwischen Reich und Preußen sich ergebenden Lage beschäftigte. Die Besprechungen zogen sich bis in die Nachtstunden hin und werden am Mittwochvormittag fortgesetzt werden. Eine amtliche Mitteilung über die heutigen Besprechungen wird nicht ausgegeben.

*

Mit dem Schreiben des Reichskanzlers von Papen an den Präsidenten des Preußischen Landtages Kerrl, in dem um die Einberufung des Landtages zu einem früheren Termin ersucht wurde, damit ein verhandlungsfähiges Kabinett in Preußen alsbald zustande komme, hat die Reichsregierung einen staatsrechtlich unzulässigen Weg beschritten, einen Weg, der mit Gesetz und Verfassung geradezu unvereinbar ist. Das Reich hat nicht mit den Landtagen der einzelnen Länder oder deren Präsidenten zu verkehren, sondern ausschließlich mit den Regierungen. Daß die preußische Regierung zurzeit eine „geschäftsführende" ist, enthebt es in keiner Weise der Verpflichtung, Wünsche oder Anregungen an sie, und nur an sie zu richten.

Der Zustand geschäftsführender Minderheitsregierungen, die nur deshalb nicht ersetzt werden können, weil keine arbeitsfähige Koalitionsmehrheit vorhanden ist, um einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen, besteht in Preußen erst seit den Neuwahlen. Aber ein ähnlicher Zustand herrscht schon seit Monaten, ja zum Teil sogar schon seit Jahren in einer ganzen Reihe von anderen Ländern, so in Bayern, in Sachsen, in Hessen, in Hamburg und in Württemberg. Noch nie ist es einer Reichsregierung deshalb eingefallen, bei ihrem Verkehr mit diesen Ländern die geschäftsführenden Regierungen einfach zu übergehen und sich etwa an die Präsidenten der Länderparlamente zu wenden. Wenn die von der Schwerindustrie ausgehaltene „Deutsche Allgemeine Zeitung", die neuerdings als offiziöses Blatt der Nazibarone angesprochen werden darf, den Schritt Papens damit begründet, daß der Landtagspräsident gegenwärtig die „einzige verfassungsmäßig vollgültige Stelle" in Preußen sei, so ist das ebenso dreist wie unwahr. Nebenbei bemerkt ist Herr Kerrl einstweilen nur auf vier Wochen gewählt worden, was nachher aus ihm wird, ist noch ganz ungewiß. Aber davon abgesehen stellt diese Lesart einen Verfuch dar, die Verfassungsmäßigkeit der geschäftsführenden Regierung Preußens und damit auch die Verfassungsmäßigkeit der gegenwärtigen Regierungen Bayerns, Sachsens usw. zu verneinen.

Die Regierung Papen, hinter der überhaupt nichts steht, jedenfalls noch viel weniger, als hinter irgend einer geschäftsführenden Länderregierung, hat am allerwenigsten das Recht, sich aufs hohe Pferd zu setzen. Der Konflikt, den sie im Begriff ist, nicht nur mit Preußen, sondern mit den meisten deutschen Ländern heraufzubeschwören, kann unabsehbare Folgen nach sich ziehen. Schon jetzt hat, wie wir hören, das preußische Staatsministerium gegen den Schritt Papens bei Kerrl entschieden Verwahrung eingelegt.

Aber anscheinend ist dieser Brief nur die Vorbereitung weiterer, noch viel bedenklicherer, noch viel verfassungswidrigerer Schritte, die in den Kreisen der Reichsregierung gegen Preußen geplant werden. Wir meinen damit den Plan der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen, der nur unter Bruch der Reichsverfassung zur Ausführung gelangen könnte. Die Einsetzung eines Reichskommissars ist von Hitlers „Völkischem Beobachter" gefordert worden; das Kabinett der Barone will sich auch hier gehorsam zeigen.

Es hieße jedoch, den guten Glauben des Reichspräsidenten in gröblicher Weise täuschen, wenn man von ihm die Unterschrift unter eine Notverordnung auf Grund des Artikels 48 zu diesem Zwecke erreichen wollte. Oder will jemand etwa behaupten, daß das preußische Staatsministerium seine Pflichten gegenüber dem Reich und gegenüber der Reichsverfassung bisher nicht getreulich erfüllt habe? Eine solche Begründung wäre ein Hohn, sie würde der Wahrheit ins Gesicht schlagen. Und was den zweiten Absatz des Artikels 48 anbelangt, so kann nur ärgste Unwahrhaftigkeit die Behauptung aufstellen, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Preußen erheblich gestört oder gefährdet sei. Etwa weil keine verfassungsmäßige Regierung zustande kommt? Das liegt eben daran, daß im neuen Landtag nur eine negative Mehrheit von Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten vorhanden ist, aber keine positive Mehrheit, die zur Wahl eines neuen Ministerpräsidenten fähig ist. Daraus eine Gefährdung der Ruhe und Ordnung herzuleiten, geht um so weniger an, als die preußische Polizei bewiesen hat, daß sie gegenwärtig genau so auf dem Posten ist wie unter dem alten Landtag und wie in Sachsen, Hessen, Bayern und anderen Ländern. Sie schützt jedenfalls die Ruhe und Ordnung viel wirksamer als die Polizei des Herrn Klagges in Braunschweig.

Was schließlich die Gefährdung der Finanzen betrifft, so ist sie hervorgerufen durch die Weigerung der Reichsregierung, ihre Schulden an Preußen zu bezahlen. Vergebens sucht sich die Reichsregierung hinter dem Vorwand zu verschanzen, daß sie zur sofortigen Bezahlung der 100 Millionen, die sie Preußen für die Abtretung der Siedlungsbank schuldet, laut Vertrag nicht verpflichtet sei. Das mag formal zutreffen, aber wenn die Reichsregierung nicht die Absicht hätte, Preußen verfacken zu lassen, so ließe sich unschwer ein Arrangement finden, das die Kassenschwierigkeiten beseitigt. Man will die Kassenschwierigkeiten eben nicht beseitigen, man will sie politisch gegen Preußen ausnutzen.

Das preußische Staatsministerium hat das Recht und die Pflicht, sich mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen den von Hitler geforderten und in der Rechtspresse als bevorstehend angekündigten Streich zur Wehr zu setzen. Uns fehlt keineswegs das Verständnis dafür, daß neben dem Kabinett der Barone, das uns jetzt ins Dritte Reich hineinregiert, eine Preußenregierung, die von Buchdruckern und Metallarbeitern geführt wird, unmöglich ist. Ein so feines Kabinett kann nicht mit ehemaligen Proleten gleich auf gleich verkehren — es gibt auch kein geistiges Niveau, auf dem man einander begegnen könnte. Immerhin haben aber preußische Minister, selbst wenn sie aus dem Arbeiterstande stammen, das Recht zu verlangen, daß nach Verfassung und Gesetz verfahren wird, wenigstens so lange, als in der deutschen Republik Verfassung und Gesetz für alle gelten, sogar auch für Freiherren!

Eine Lektion für Papen.

Unterricht über Staatssozialismus.

Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigernden Staatssozialismus die materiellen Sorgen . . . abwehren zu können.

von Papens Regierungserklärung 4. Juni 1932.

Hat der Staat die Pflicht, für seine hilflosen Mitbürger zu sorgen, oder hat er sie nicht? Ich behaupte, er hat diese Pflicht, und zwar nicht bloß der christliche Staat, wie ich mir mit den Worten „praktisches Christentum" einmal anzudeuten erlaubte, sondern jeder Staat an und für sich . . .

Wenn man mir dagegen sagt, das ist Sozialismus, so scheue ich das gar nicht. Es fragt sich, wo liegt die erlaubte Grenze des Staatssozialismus? Ohne eine solche können wir überhaupt nicht wirtschaften. Jedes Armenpflegegesetz ist Sozialismus . . .

War nicht z. B. die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung glorioser Angedenkens, an deren staatsrechtlicher Berechtigung, an deren Zweckmäßigkeit heutzutage niemand mehr zweifeln wird, staatssozialistisch?

Gibt es einen stärkeren Staatssozialismus, als wenn das Gesetz erklärt, ich nehme dem Grundbesitzer einen bestimmten Teil des Grundbesitzes weg und gebe denselben an den Pächter, den er bisher darauf gehabt hat, und zwar nicht nach Maßgabe des Bedürfnisses dieses Pächters, wie es beispielsweise in Rußland geschehen ist, sondern nach Maßgabe der Größe des Pachtobjektes, wie es früher bestanden hat?

Wer den Staatssozialismus verwirft, muß auch die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung verwerfen, der muß überhaupt dem Staate das Recht absprechen, da, wo sich Gesetz und Recht zu einer Kette und zu einem Zwang, der unsere freie Atmung hindert, verbinden, mit dem Messer des Operateurs einzuschneiden und neue und gesunde Zustände herzustellen.

Für mich ist es ganz einerlei, ob diese Theorie Anklang findet; ich tue aus eigenem Antrieb meine Pflicht, ich halte dies für meine Pflicht und werde dafür kämpfen, solange ich hier das Wort nehmen kann." (Bravo! rechts.)

. . . Der Herr Abgeordnete (Bamberger) hat es als etwas ganz Neues bezeichnet, daß wir ein sozialistisches Element in die Gesetzgebung einführen wollten. Ich habe schon vorhin vorweggenommen, daß das sozialistische Element nichts Neues ist, und

der Staat gar nicht ohne einen gewissen Sozialismus bestehen kann. . ."

(Reichskanzler Otto von Bismarck im Reichstage 15. März 1884.)

Kerrl pariert Papen.

Er beruft den Aeltestenrat ein.

Präsident Kerrl hat den Aeltestenrat des Preußischen Landtags auf Freitag, den 10. Juni, nachmittags 5 Uhr, einberufen. In dieser Sitzung des Aeltestenrats soll die Entscheidung über die von Papen geforderte frühere Einberufung des Preußischen Landtags getroffen werden.

Das Junkerkabinett „arbeitet".

Die Bürokratie soll Ausgaben drosseln.

Amtlich wird mitgeteilt:

Das Reichskabinett faßte heute grundsätzliche Beschlüsse über die Sicherstellung der Reichsfinanzen. Die Reichsressorts wurden angewiesen, weitere Ersparnisse für den Reichshaushalt 1932 noch über den bereits vorliegenden Haushaltsplan hinaus anzumelden.

Ferner setzte das Reichskabinett unter anderem die Beratung über das ländliche Siedlungswesen fort, das durch Beschluß vom 3. Juni 1932 dem Reichsernährungsministerium zugewiesen wurde.

„Staatssozialist" Papen.

Er klammert sich an Brüning-Verordnungen.

Aus amtlicher Quelle stammt diese Beruhigungspille:

Von unverantwortlicher Seite werden auf dem Lande Nachrichten verbreitet, daß die Aufhebung der Sicherungsverordnung vom 17. November 1931, die zwecks Sicherung der Ernte für landwirtschaftliche Betriebe unter bestimmten Voraussetzungen einen Schutz gegen Zwangseingriffe der Gläubiger sowie eine Bilanzbereinigung durch Akkorde im Entschuldungsverfahren vorsieht, bevorstehe.

Wie wir dazu von maßgebender Stelle erfahren, entsprechen derartige Gerüchte keineswegs den Tatsachen. Die Aufhebung der Sicherungsverordnung ist weder jetzt noch nach der Ernte beabsichtigt. Die Reichsregierung hält an den Grundsätzen der Osthilfegesetzgebung durchaus fest und wird dafür Sorge tragen, daß in der Abwicklung der Entschuldungsverfahren keinerlei Stockung eintritt.

Das ist ein neues Versprechen, alte „staatssozialistische" Maßnahmen des „Wohlfahrtsstaats" zugunsten der Landwirte im Osten aufrechtzuerhalten.

Wann erfolgt die Versicherung, daß das Junkerkabinett auch die Sicherung der Arbeitslosenunterstützung garantiere? Oder ist das Millionenheer der Arbeitslosen weniger wichtig als die „Abwicklung der Entschuldungsverfahren"?

Die Bürgerkriegsuniform.

Hitler-Soldateska wird neu kostümiert.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger" meldet:

Für Freitag oder Sonnabend dieser Woche ist die Veröffentlichung einer Notverordnung des Reichspräsidenten zu erwarten, durch die die Notverordnung, die das Verbot der SA.-Organisationen der Nationalsozialisten vorsah, aufgehoben wird. Die neue Notverordnung wird besondere Maßnahmen für die Wiederherstellung der nationalsozialistischen Organisationen in etwas veränderter Form vorsehen. Gleichzeitig werden auch neue Bestimmungen über das Uniformtragen herausgegeben werden, die sich sowohl auf die nationalsozialistischen Organisationen wie auf den Stahlhelm beziehen.

Die SA.- und SS.-Organisationen der Nationalsozialisten werden neue Uniformen erhalten. Aus Zweckmäßigkeitsgründen wird die neue Uniform sich in verschiedenen Stücken von der alten unterscheiden. Während bisher die SA. braunes Hemd und Hose trug, wird nunmehr über dem braunen Hemd noch ein Uniformrock getragen,

der im Schnitt ganz denen der englischen Armee ähnelt.

Er ist gefertigt aus braunem Kordstoff, trägt Revers und flachen Kragen und vier Taschen, von denen zwei in Brusthöhe aufgesetzt, während die beiden anderen eingelassen sind. Ob auch die Hose aus Kordstoff angefertigt wird, ist noch nicht entschieden. (!) Vorläufig sollen die braunen Hosen in englisch Leder, einer Art Wildleder-Imitation, aufgetragen werden. Das gesamte Lederzeug der SA. wird wie bisher braun sein. An Stelle der Bären-Stiefel, die geschnürt wurden, tritt der braune lange Schaftstiefel. Ob die bisherige Mützenform, die der österreichischen Mütze ähnelt, bleibt, ist noch nicht bestimmt. Möglicherweise kommt an ihre Stelle

die Reichswehrmütze in braun.

Die Mäntel sind ebenfalls braun gehalten mit dunklem Kragen. Die Feld- oder Biwackmütze gleicht der der Schotten. Kragenspiegel in Graufarbe. Berlin: schwarz.

Die SS. (Schutzstaffel) trägt dieselbe Uniform wie die SA., nur ist ihr Waffenrock schwarz, das Lederzeug ebenfalls schwarz. Sonntags wird außer Dienst eine lange schwarze Hose mit langen Biesen getragen. Mütze schwarz mit Totenkopf.

Adolf Hitler scheint seiner Sache sehr sicher zu sein, wenn er jetzt schon, noch bevor das Verbot der SA. aufgehoben ist, neue Uniformvorschriften erfindet. Und wo nimmt er das Geld dazu her in einer Zeit, in der die Polizei ihre alten Mäntel und Uniformen auftragen muß, weil kein Geld für neue da ist?

Hat der „Lokalanzeiger" recht, so wird Hitlers Privatarmee in Zukunft von regulärem Militär kaum noch zu unterscheiden sein. Die Zulassung einer so kostümierten Privatarmee wäre ganz einfach ein Verbrechen gegen den Staat. Und alles Blut, das von ihr vergossen wird, käme über das Haupt einer Regierung, die ihr die Erlaubnis zum Marschieren gibt!

Sitzung des Parteiausschusses.

Vorbereitung zum Wahlkampf.

Der Parteiausschuß, der am Dienstagvormittag Breitscheids Bericht über die politische Lage entgegengenommen hatte, setzte am Nachmittag die begonnene Aussprache fort. Es herrschte volle Uebereinstimmung darüber, daß durch die Machtergreifung der Nazibarone im Reiche ein völliger Umschwung eingetreten sei, der für den sozialdemokratischen Kampf gegen den Nationalsozialismus ganz neue Möglichkeiten und Aussichten eröffne. Eingehend wurde die Frage erörtert, mit welchen Mitteln der neue Feldzug gegen Hakenkreuz und Freiherrnkrone am wirksamsten geführt werden kann. Die Kampfstimmung war ausgezeichnet.

Der Wechsel.

Das Neueste aus dem Regierungskreise.

Reichspräsident von Hindenburg empfing gestern den bisherigen Reichskanzler Dr. Brüning zur Verabschiedung.

*

Staatssekretär Dr. Geib vom Reichsarbeitsministerium hat bereits am Vormittag des 6. Juni dem stellvertretenden Reichsarbeitsminister seinen Wunsch übermittelt, zur Disposition gestellt zu werden.

*

Dem Präsidenten des Landesarbeitsamts Südwest, Kaelin-Stuttgart, ist, wie verlautet, der Posten des Staatssekretärs im Reichsarbeitsministerium angeboten worden. Wir finden dieses Angebot etwas eigenartig, denn Herr Kaelin hat bereits den Posten des Reichsarbeitsministers, der ihm ebenfalls angeboten worden war, abgelehnt. Wenn er die Verantwortung des Reichsarbeitsministers nicht übernehmen will, dann kann er doch auch nicht die des Staatssekretärs auf sich nehmen.

Die Papen-Regierung versucht ganz offensichtlich, um jeden Preis mit dem Zentrum in Kontakt zu kommen, dessen Mitglied Kaelin ist.

Mecklenburg gegen Hindenburg.

In Strelitz sind Verfassungsfeiern verboten.

Neustrelitz, 7. Juni.

Im Mecklenburg-Strelitzschen Landtage wurde am Dienstag ein deutschnationaler Antrag angenommen, der das Verbot von Verfassungsfeiern am 11. August fordert. Ein weiterer Antrag der Deutschnationalen auf Neuordnung des Geschichtsunterrichts, Wehrhaftmachung der Jugend und Rückkehr zu der früher bestehenden Klassenordnung in den Schulklassen wurde gleichfalls mit Mehrheit angenommen.

*

Hindenburg nimmt an den Verfassungsfeiern des Reiches teil. Im Lande Dörchläuchtings werden solche Feiern verboten. Dafür aber wird die — alte Klassenordnung wieder eingeführt. Sinnbild der Aera Papen—Schleicher—Gayl!

Sozialfürsorgeminister Genosse Dr. Czech-Prag hat dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach die Unternehmer ein Lohnprozent für alle bei ihnen beschäftigten Arbeiter zugunsten der Erwerbslosen durch die Krankenkassen abzuliefern hätten; Ueberwälzung auf die Arbeiter ist verboten. Bisher bestand das Genter System, doch sind die Lasten für die Gewerkschaften unerschwinglich geworden. Die Erwerbslosenziffer ist um 12 Proz. auf 800 000 (unter 13½ Millionen Einwohnern) gesunken.

Herriots Riesenmehrheit.

390 gegen 152 Stimmen / Sozialisten für die Regierung / Herriot stäupt Tardieu

Paris, 7. Juni. (Eigenbericht.)

Die Regierung Herriot hat sich am Dienstagnachmittag dem Parlament vorgestellt und am Schluß der Debatte eine erdrückende Mehrheit von 238 Stimmen erhalten. Im Senat verlas Justizminister Renoult, in der Kammer Ministerpräsident Herriot die Regierungserklärung.

Vorher hielten in beiden Häusern die Präsidenten Jeanneney und Bouisson ihre Antrittsreden.

Kammerpräsident Bouisson machte in seiner Antrittsrede unter großem Beifall der Linken folgende Anspielungen auf die Ereignisse in Deutschland: „An der umfangreichen antidemokratischen Verschwörung, die sich von Land zu Land in der Welt zu organisieren scheint, nimmt Frankreich nicht teil. Wenn auch eine Krise seinen materiellen Interessen abträglich sein könnte, so würde es doch nicht an der Wahrheit von Grundsätzen zweifeln können, die zugleich auf der Vernunft und der Erfahrung beruhen. Das parlamentarische Regime schließt weder den Appell an die Einbildungskraft, noch die Suche nach neuen und kühnen Lösungen aus. Gerade in schwierigen Zeiten kann sich das parlamentarische Regime am wirksamsten zeigen. Das Parlament vermag viel, wenn es das Instrument des Volkswillens bleiben will. Aufgabe des Parlaments ist es, ein Beispiel für die Methode und Selbstbeherrschung zu geben."

Herriot verlas anschließend eine

Botschaft des Präsidenten Lebrun,

in der es u. a. heißt:

„Indem ich mich strikte an die Grundsätze der Macht halte, die mir die Verfassung übertragen hat, werde ich mich bemühen, eifersüchtig über sie zu wachen und ihr freies Funktionieren zu erleichtern. Als unparteiischer Schiedsrichter werde ich es mir angelegen sein lassen, die Einigkeit der Herzen und die Harmonie der Geister aufrechtzuerhalten und, wenn möglich, zu erweitern. Frankreich wird als eifriges Mitglied des Völkerbundes an den bevorstehenden internationalen Besprechungen für die Wiederaufrichtung der Wirtschaft und für den Weltfrieden mit einer unumschränkten Loyalität und der festen Hoffnung auf einen Erfolg teilnehmen. Die bedeutenden Opfer, die es seit dem Kriege gebracht hat, sind der deutliche Beweis für seine Uneigennützigkeit und sein Festhalten an der Solidarität, die immer enger zwischen den Nationen werden und sie dazu führen muß, eine Politik der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung anzuwenden. Frankreich muß bei dieser gemeinsamen Anstrengung nur die gerechte Sorge um seine Sicherheit, seine Unabhängigkeit und seine Stabilität, die wichtige Pfänder für den allgemeinen Frieden sind, im Auge behalten."

Es folgte die Verlesung der sehr langen

Regierungserklärung,

aus der folgende Stellen zu erwähnen sind:

„Die neue Regierung ist gebildet, um den Interessen Frankreichs nach den edelmütigen Traditionen unserer Demokratie, die sie auf jede Art verteidigen wird, und im Einvernehmen mit einer internationalen Ordnung zu dienen, deren Ausbau sie für notwendig hält, um die höchste Wohltat, den Frieden, zu garantieren. (Großer Beifall links und in der Mitte.) Unser Programm ist beschränkt, aber präzis. Im Innern stehen wir einer sehr ernsten finanziellen Lage gegenüber. Wir werden dem Parlament in kurzer Zeit eine vollständige und detaillierte Bilanz der Lage unterbreiten. Dann werden wir es um die Verabschiedung eines Gesetzentwurfes ersuchen, der eine Reihe von Ausgabeneinschränkungen und finanziellen Maßnahmen vorsieht. Die unvermeidlichen Opfer, die jeder einem furchtbaren Sichgehenlassen vorziehen muß, werden nach einem Plan der Gleichheit und Gerechtigkeit vorgeschlagen werden, der den Gesetzen der Demokratie entspricht. (Großer Beifall links und in der Mitte.) Die gleiche Sorge um ein normales und dauerhaftes Gleichgewicht wird es uns zur Pflicht machen, unser ganzes Verkehrssystem zu reorganisieren.

Vom wirtschaftlichen wie vom außenpolitischen Standpunkt erscheint uns die internationale Zusammenarbeit durch die Gesetze der zeitgenössischen Kultur geboten.

Wir wollen zunächst ein wirtschaftliches und finanzielles Milieu schaffen, das der gesamten Nation ein normales und gesundes Leben ermöglicht. Wir wollen der Arbeiterschaft ihre Rechte garantieren. An dem Respekt vor allen Gewerkschaftsfreiheiten festhaltend, glauben wir, daß die Republik alle Anstrengungen begünstigen und leiten muß, die dazu bestimmt sind, eine bessere internationale Organisation der Arbeit zu schaffen.

Wir werden an den fundamentalen Grundsätzen der Sozialversicherung nicht rütteln lassen. Mehr aus moralischen als aus politischen Gründen werden wir dem Arbeiter zu Hilfe kommen, der seines Broterwerbs beraubt ist.

Wir haben daher bereits jetzt beschlossen, die Sechsmonatgrenze für die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung abzuschaffen. (Großer Beifall links.) Wir halten uns für verpflichtet, den wirklichen Arbeitslosen und den Kurzarbeitern die notwendigen Unterstützungen zu gewähren. Die Sozialversicherung kann nach unserer Ansicht nur auf Gerechtigkeit und Solidarität aufgebaut sein. Auf geistigem Gebiet bleiben wir der weltlichen Schule treu und wollen schon jetzt die Unentgeltlichkeit des sogenannten Mittelschulunterrichts einführen, um allen Kindern Frankreichs den Weg zum Wissen zu öffnen. Zum Zwecke der Beruhigung werden wir einen Amnestieentwurf für politische Vergehen einbringen.

Auf außenpolitischem Gebiete wird sich die Regierung von der so dringenden Notwendigkeit leiten lassen, den Frieden auf einer allgemeinen Organisation Europas und der Welt aufzubauen. Sie wird alles, was in ihren Kräften steht, tun, um an der politischen Entspannung, der wirtschaftlichen Verständigung und der moralischen Abrüstung beizutragen.

Was die Reparationen anbetrifft, so kann Frankreich nicht Rechte bestreiten lassen, die sich nicht nur aus Verträgen, sondern aus vertraglichen Abmachungen ergeben, welche durch die Ehrenhaftigkeit der Unterschriften geschützt sind. (Beifall in der Mitte und rechts.) Die Welt würde, wenn sie dem Einfluß des Rechts entzogen wird, früher oder später unter die Herrschaft der Gewalt geraten. Durch die Bestätigung dieser Grundsätze ist sich die Regierung bewußt, nicht egoistische Vorrechte, sondern allgemeine Interessen zu verteidigen. Im übrigen ist sie bereit, jeden Plan zu diskutieren oder jede Initiative zu ergreifen, die durch einen Ausgleich eine größere Weltstabilität oder aufrichtige Versöhnung im Frieden hervorrufen würde. In Uebereinstimmung mit dem Völkerbundspakt und im Geiste des Kellogg-Paktes werden wir die Sicherheit nicht für uns allein, sondern für alle Nationen suchen, die, ob klein oder groß, in unseren Augen die gleichen Ansprüche haben. Unsere Aktion wird von den Grundsätzen beherrscht sein, die Leon Bourgeois aufgestellt hat, die wir seit 1924 verteidigt haben und die besonders in dem edelmütigen Briand ein Element der französischen Politik geworden sind.

In diesem Rahmen ist die Regierung allen Lösungen, selbst Teillösungen günstig, die im Lichte der Beratungen von Genf und nach einer sorglosen Gegenüberstellung der Ansichten ohne Gefährdung der Landessicherheit eine Verringerung der Militärlasten erlauben und eine Etappe auf dem Wege zu einer allmählichen gleichzeitigen und kontrollierbaren Abrüstung darstellen würde. Schon jetzt wird die Regierung mit Vorbehalt alle möglichen Ersparnisse auf diesem Gebiete durchführen. Für dieses Werk bieten wir unsere ganze Unterstützung an. Die Ruhe muß wiedererstehen, wenn man sich darüber Rechenschaft ablegt, daß es Regierungen wie die unsrige gibt, die in den Geistern und in den Tatsachen den Friedenszustand schaffen wollen, die einen aufrichtigen Appell an alle Gewissen richten und die alle diejenigen zu sammeln suchen, die mit uns der Meinung sind, daß der Krieg ein ungesetzliches, gegen das Völkerrecht verstoßendes Verbrechen ist. Für dieses Werk bitten wir um Ihr Vertrauen."

Die Regierungserklärung fand auf der Linken lebhaften Beifall.

Es folgten dann die Interpellationsredner, darunter der Autonomist Walter, der u. a. ausführte, daß das Elsaß nicht systematisch dem feindlich sein werde, der die Regierungsgeschäfte führe, und daß es die Handlungen der Regierung abwarten werde, um in voller Unparteilichkeit zu urteilen. Er begrüßte den Verzicht Herriots auf die Mitarbeit der Sozialisten, bedauerte aber, daß die Führer der alten Mehrheit nicht auf den Regierungsbänken sitzen. Auf außenpolitischem Gebiet setzte er sich für die deutsch-französische Verständigung ein. Sie sei, so sagte er, noch möglich und müsse gewünscht werden. (Großer Beifall auf zahlreichen Bänken.) In der gegenwärtigen Zeit sei eine Politik der Ruhe und des Friedens notwendig. In dieser Beziehung habe er zu Herriot Vertrauen.

Der Kammerpräsident verlas anschließend eine von den Abgeordneten Hesse und Schmidt eingebrachte Resolution, die von den Radikalen und Sozialisten ausgearbeitet worden war und folgendermaßen lautete:

„Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung. Sie hat zu der Regierung das Vertrauen, daß sie eine Politik befolgt, die dem kürzlich von der Mehrheit des Landes ausgedrückten Wunsch entspricht, lehnt jeden Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über."

Im Namen der radikalen Linken erklärte der frühere Minister Laurent Eynac, daß seine Partei für die Regierung stimmen werde.

Léon Blum

setzte dann die Gründe auseinander, aus denen die Sozialisten für diese Resolution stimmen würden. Er erklärte, die Regierung Herriot sei auf Grund der Wahlen gebildet worden, die zu der Zerschmetterung der Parteien der sozialen Reaktion geführt habe. Das sei die Sanktion dieser Schlacht, und die Sozialisten, die an ihr einen bedeutenden Anteil genommen haben, würden für die Regierung stimmen, weil sie in ihren Augen diese Sanktion verkörpere und weil sie glaubten, daß sie die Früchte aus diesem Siege ziehen könne. Die Sozialisten möchten nicht verschweigen, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und ihnen weiter bestehen können. Die Sozialisten hätten weder ihre Gesinnung über die neue Richtung, die den internationalen Verhandlungen gegeben werden müsse, noch über die Maßnahmen verändert, die zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und zur Beseitigung des Defizits ergriffen werden müssen. Sicherlich könnten die Mitte und die Rechte ihre Stimmzettel mit denen der Sozialisten vereinigen, aber selbst unter dieser Voraussetzung seien die Stimmen der Sozialisten gegen die Mitte und die Rechte gerichtet. (Lebhafter Beifall links.) Die Sozialisten würden jedesmal für die Regierung stimmen, wenn sie durch ihre Handlungen den Willen zum Ausdruck bringe, den die Wählerschaft bestätigt habe. (Lebhafter Beifall links.)

Bis dahin war die Sitzung ruhig und programmäßig verlaufen. Das Bild änderte sich, als plötzlich

Tardieu

die Tribüne bestieg, um den Versuch zu machen, die Regierung in Verlegenheit zu bringen. Sofort erhob sich auf der Linken heftiger Lärm, während die Mitte und die Rechte applaudierten. Tardieu suchte zunächst den Sieg der Linksparteien zu erklären. Sie hätten gewonnen, sagte er, weil sie das Kartell in einer vollkommenen Form haben funktionieren lassen, und weil zahlreiche kommunistische Stimmen für die Sozialisten und die Radikalen abgegeben worden seien. Wenn er, der Redner, an der Stelle der Radikalen gewesen wäre, hätte er gezögert, mit den Sozialisten ein Bündnis abzuschließen. Er hätte sich der Ereignisse von 1924 erinnert; die Unterstützung der Sozialisten habe damals genügt, um gewisse Phänomene hervorzurufen (Anspielung auf die Kapitalflucht und den Frankensturz), die niemand mehr wiedersehen wünsche. (Lärm links, Beifall rechts.) In England und Deutschland habe man die Sozialisten an der Macht gesehen. Sie hätten dort ihre fiskalischen Grundsätze durchgeführt (??) und immer sei das Ergebnis ein Zusammenbruch gewesen.

Im Anschluß daran bemühte sich Tardieu im Stil seiner Wahlreden, die angeblichen Erfolge der früheren Rechtsregierungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens darzulegen, und schließlich stellte er an den Ministerpräsidenten folgende Frage:

„Werden Sie in Genf an dem von mir verteidigten Standpunkt in der Abrüstungsfrage festhalten?

Wenn Sie darauf mit Ja antworten, werde ich meine Freunde bitten, für Sie zu stimmen. Andernfalls werde ich auf dieser Tribüne eine andere Stellung einnehmen". (Unterbrechung links, Beifall rechts.)

Im Anschluß daran antwortete

Herriot

auf die verschiedenen Interpellationen und auf Tardieu. In bezug auf die Politik der Regierung gegenüber dem Elsaß verlas er eine von der Regierung ausgearbeitete Erklärung, die zum Ausdruck bringt, daß die Regierung die Sonderrechte der wiedergewonnenen Provinzen schützen und im übrigen die Unteilbarkeit Frankreichs einschließlich Elsaß und Lothringens verteidigen werde. Léon Blum dankte er für die Erklärung, daß die Sozialisten für die Regierung stimmen würden; er nahm ferner davon Kenntnis, daß die Sozialisten ihre Unabhängigkeit gegenüber der Regierung bewahren würden und gab die gleiche Erklärung für die Radikalen ab. Dann rechnete Herriot mit Tardieu ab. Er tat dies in einer meisterhaften Weise, so daß

Tardieu abwechselnd blaß und rot

wurde. Der Ministerpräsident erklärte, er habe die Doktrin der Regierung in bezug auf die Abrüstung mit genügender Klarheit in der Regierungserklärung auseinandergesetzt. Er halte an der These der Sicherheit fest, die Tardieu nur von ihm übernommen habe. Klarer könne er sich im Augenblick nicht ausdrücken. Er wolle sich auf keine weitere Debatte darüber einlassen, und er möchte sich lieber als Regierungschef selber Unrecht zufügen als die Interessen des Landes schädigen. **Wenn Tardieu glaube, daß die Erinnerung an seine Wahlkampagne glück-**

sich gewesen sei, dann täusche er sich. Er, Herriot, könne verschiedene von Tardieu angeführte Ziffern nicht zulassen.

Im übrigen frage er, warum Tardieu immer nur von dem Kartell der Linken, aber niemals von dem Kartell der Rechten spreche. Wenn er seinen Gedanken freien Lauf lassen würde, dann würde ihm die Antwort sehr leicht fallen. **Aber er beherrsche sich und werde schweigen.** Es werde aber ein Tag kommen, an dem der Finanzminister die Tribüne besteigen und sein Schweigen interpretieren werde. Die Rede Herriots wurde mit stürmischem Beifall von der Linken aufgenommen.

Nachdem Herriot die Vertrauensfrage für die Annahme der vorher erwähnten Resolution gestellt hatte, wurde abgestimmt.

Mit 390 gegen 152 Stimmen

sprach die Kammer der Regierung das Vertrauen aus. Aus den Abstimmungsziffern ergibt sich, daß die gesamte Linke von den Sozialisten bis zu der Radikalen Linken für die Regierung, die Linksrepublikaner und die Rechte gegen sie gestimmt haben. Die hinter der Regierung stehende Mehrheit ist also eine reine Linksmehrheit.

Pressefreiheit fängt gut an!

Das erste Zeitungsverbot.

Die neue Reichsregierung hat durch die ihr ergebene Journalisten verkünden lassen, daß sie die Pressefreiheit wieder herzustellen beabsichtige. Um diese Nachricht zu bekräftigen, ließ sie sofort danach eine Zeitung verbieten, nämlich die „SAZ.", das Organ der SAP. Daraus, daß der Berliner Polizeipräsident ausführendes Organ ist, kann nicht geschlossen werden, daß er diese Maßnahme für politisch zweckmäßig hielte oder gar sie selber gewollt hätte.

Volksurteil stürzt Faschistenregierung.

Zeitgemäße Erinnerung zur Nachahmung.

Am 30. September 1930 berief der deutschösterreichische Bundespräsident Miklas, früher langjähriger christlichsozialer Abgeordneter und zuletzt Präsident des Nationalrates, aus Entgegenkommen gegen die großmäulig drohenden Heimwehrfaschisten den Wehrminister Vaugoin als Bundeskanzler, den gleichgesinnten Seipel als Außenminister, den Hitler-Jüngling und Heimwehrfürsten Starhemberg als Innenminister und den Heimwehrler Hueber als Justizminister. (Adelsprädikate gibt es in Deutschösterreich nicht mehr.)

Unmittelbar darauf wurde der Nationalrat aufgelöst. Am 9. November des gleichen Jahres erfolgte die Neuwahl der Volksvertretung. Obgleich die Faschisten unter einer solchen Regierung ihren Terrorgelüsten in weitem Maß frönen konnten, wurde die Parlamentswahl zu einem Volksgericht gegen diesen Kurs. Die verleumdete und verfemte Sozialdemokratie gewann infolge entsprechenden Stimmenzuwachses zwei Mandate und wurde mit 73 (unter den feststehenden 166) Mandaten die stärkste Fraktion; sie stellte in Matthias Eldersch den Präsidenten des Hauses, welches Amt nach Eldersch's Tode Dr. Karl Renner bekleidet.

Die Christlichsozialen aber, deren Führer Seipel und Vaugoin Hauptförderer des Faschismus sind, verloren 7 Mandate und nahmen mit 66 Mandaten die zweite Stelle ein. Auch der Schober-Block (Großdeutsche und Landbund) ging um 1 Mandat auf 19 zurück. Die Verluste der bürgerlichen Parteien sog die Heimwehr mit 8 Mandaten auf.

Infolge dieses Volksgerichts mußte die Faschistenregierung sofort zurücktreten — sie hat keine Auferstehung erlebt.

Deutsche Wähler — macht es nach!

Prozeß um Hitler.

Ein Zeuge unter Meineidsanklage.

München, 7. Juni. (Eigenbericht.)

Vor dem Münchener Schwurgericht begann am Dienstag ein Meineidsverfahren gegen den angeblichen Schriftsteller Werner Abel, einen einstmals in politischen Rechtskreisen sehr viel beschäftigten Mann. Das Vorspiel des Prozesses reicht bis in die Tage des Reichstagswahlkampfes 1928 zurück. Damals hatte der deutschvölkische Herr von Graefe in seinem Blatt behauptet, Hitler habe Südtirol verraten und der Preis dafür sei eine recht beträchtliche Unterstützung der Hakenkreuzpartei mit italienischen Lire gewesen. In dem darauffolgenden Beleidigungsprozeß mißlang der Wahrheitsbeweis und Graefe sowie zwei angeklagte Redakteure der „Münchener Post" und des „Bayerischen Kurier", die die Enthüllungen Graefes abgedruckt hatten, wurden zu sehr hohen Geldstrafen verurteilt.

In der Berufungsinstanz wendete sich das Blatt. Die Angeklagten brachten einen neuen Zeugen herbei, den jetzt angeklagten Werner Abel, der mit aller Bestimmtheit unter Eid behauptete, selbst dabei gewesen zu sein, wie der italienische Faschistenhauptmann Migliorati in München Hitler zugeführt wurde. Zwischen Göring, Hitler und Migliorati habe dann eine Besprechung stattgefunden, deren Protokoll Abel wiederum selbst gelesen haben will. In diesem Protokoll heißt es, daß über Südtirol gesprochen wurde, und daß die italienischen Faschisten großes Interesse am Erstarken des deutschen Faschismus hätten und bereit seien, ihm sowohl geldlich als auch politisch zu helfen. Abel behauptete, aus mündlichen Mitteilungen Miglioratis zu wissen, daß Italien Geld an den Hitlerkreis gegeben hat. Nach diesen Enthüllungen Abels flog der Beleidigungsprozeß in der zweiten Instanz auf. Hitler und die Seinen ließen darauf gegen Abel ein Meineidsverfahren einleiten. Sie behaupteten, Migliorati nie gesehen, nicht gekannt und nie mit ihm zu tun gehabt zu haben.

Eine zweite Meineidsklage gegen Abel stützt sich auf seine Aussage vor dem Berliner Ermittlungsrichter am 28. Januar 1930. Abel hat dort ausgeführt, während einer Ende 1923 in Landsberg am Lech verbüßten Festungshaft mit dem in den Hitlerputsch verwickelten früheren bayerischen Justizminister und jetzigen Generalstaatsanwalt Dr. Roth zusammengekommen zu sein, wobei Roth ihm erzählt habe, daß nach seiner Kenntnis jener Oberleutnant Braun, der Führer der Waffenverschiebungen der Einwohnerwehr, der Mörder des sozialdemokratischen Abgeordneten Gareis sei. Roth habe ihm weiter gesagt, daß Braun nach der Tat unter stillschweigender Duldung der Regierung Kahr-Lossow-Seißer längere Zeit in München gelebt hätte, bevor er illegal nach Ungarn abgeschoben wurde. Auch bezüglich dieser Aeußerung behauptet die Anklage, daß sie bewußt unwahr sei und daß eine derartige Unterredung nie stattgefunden habe.

Der nationalsozialistische Stadtrat Weber bekundete jetzt als Zeuge, daß sich Abel in Landsberg als Prinz Isenburg vorgestellt habe. Dr. Roth habe in Landsberg vor Abel gewarnt. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Führer der Nationalsozialisten aus dem Ausland Geld bekommen habe, erklärte der Zeuge, daß er davon nichts wisse. Als der Zeuge dem Verteidiger Rechtsanwalt Rosenfeld gegenüber mit Berufung darauf, daß dieser Jude sei, grundsätzlich jede Antwort verweigerte, wurde er vom Gericht wegen Zeugnisverweigerung in eine Geldstrafe von 500 Mark oder zehn Tagen Haft genommen. In der Mittwochsitzung des Prozesses sollen als Zeugen Dr. Roth und Adolf Hitler vernommen werden.

Nazis begünstigen den Großgrundbesitz.

Schutz für Kleinpächter lehnen sie ab, die Rittergüter stehen ihnen näher.

Am Dienstag, dem 7. Juni, trat der Landwirtschafts-Ausschuß des Preußischen Landtags zu seiner ersten Arbeitssitzung zusammen. Unter den 29 Ausschußmitgliedern — neben Kommunisten, Deutschnationalen, Zentrumsleuten und 7 Sozialdemokraten — sitzen erstmalig auch 11 nationalsozialistische landwirtschaftliche „Fachleute". In den öffentlichen Versammlungen, auch noch im Landtagsplenum, hat die Nazipartei große Reden gehalten; im Ausschuß, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, mußten sie zeigen, was sie wollen und wie sie zu den sachlichen Forderungen der anderen Parteien stehen.

Bei der Beratung eines kommunistischen Antrages auf Pachtermäßigung entlarvten sich die Nationalsozialisten selbst. Die Sozialdemokraten schlugen vor, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

„Das Staatsministerium wird ersucht, dahin zu wirken, daß **eine den Zeitverhältnissen entsprechende Pachtermäßigung für kleine und mittlere Pächter von landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Grundstücken durchgeführt wird.**"

Die Nationalsozialisten lehnten diesen Antrag ab, denn er sollte ja Hilfe für den schwer ringenden und selbstarbeitenden Kleinpächter bringen. Die größte Sorge dieser „Arbeiter-Vertreter" war es, daß die großen Pächter von Staatsdomänen und Rittergütern, die sowieso von der Ausnutzung ihrer Landarbeiter leben, Vorteile erhalten. So beantragten sie dann im Ausschuß, daß alle Pächter, also auch die großen und allergrößten, Pachtermäßigung erhalten. Nun erst verhalf diese „Arbeiter"-Partei dem Antrag zur Annahme.

Was die Nazis hier trieben, ist Politik im Interesse ihrer großagrarischen Auftraggeber.

Im übrigen hat die Verhandlung deutlich erwiesen, daß das SA.-Prinzip: „Maul halten und nicht dazwischen reden", auch für die Nazi-Abgeordneten gilt: Bis auf den nationalsozialistischen Ausschuß-Vorsitzenden, der zu jedem vorliegenden Antrag sein Stereotypes: „gleichzeitig erkläre ich für die nationalsozialistische Fraktion, daß wir den pp. Antrag ablehnen", hat von den „Sachverständigen" der Nazifraktion kein einziger das Wort genommen.

Der Landwirtschaftsausschuß beschäftigte sich auch mit einem Antrag des Zentrums, der die Schaffung einer besonderen Westhilfe in Verbindung und in sinngemäßer Ausgestaltung der Osthilfe forderte. Der Antrag gab Veranlassung zu einer Aussprache über die Not der Landwirtschaft und des Weinbaues in den westlichen Grenzgebieten. Der Antrag fand in abgeänderter Fassung dahin Annahme, daß das Staatsministerium ersucht wird, in Verbindung mit der Reichsregierung auf die Schaffung einer besonderen Westhilfe hinzuwirken und auf die Rentenbankkreditanstalt und die Preußenkasse einzuwirken, daß von dort aus Mittel zur individuellen Entschuldung von bäuerlichen und Winzerbetrieben des Westens bereitgestellt werden.

Positive Kulturpolitik.

Waffen im Kampf gegen den Faschismus.

„Wir glauben, daß eine Debatte über die kulturpolitischen Fragen heute wichtiger ist denn je, da wir den schweren Kampf gegen die faschistische Gefahr um so wirkungsvoller führen können, je mehr wir uns der positiven Ziele des Sozialismus bewußt sind." Das sind die Geleitworte der Redaktion zu dem „Entwurf eines kulturpolitischen Aktionsprogramms" im letzten Heft der „Sozialistischen Bildung". Unter Berücksichtigung der ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen werden in diesem Aktionsprogramm eines Praktiker-Kollektivs der Reihe nach die aktuellsten „Forderungen" behandelt, darunter „Aufhebung des Bildungsprivilegs der Besitzenden", „Wahrlichkeit für Erziehung, Schule, Bildung und Forschung", „Einheitlichkeit im Aufbau unseres Schulwesens". Berücksichtigt werden ferner Lehrerausbildung, Berufsschulwesen, höhere Schulen und Universitäten und endlich „außerschulische Bildungseinrichtungen, wie Büchereiwesen, Film und Rundfunk.

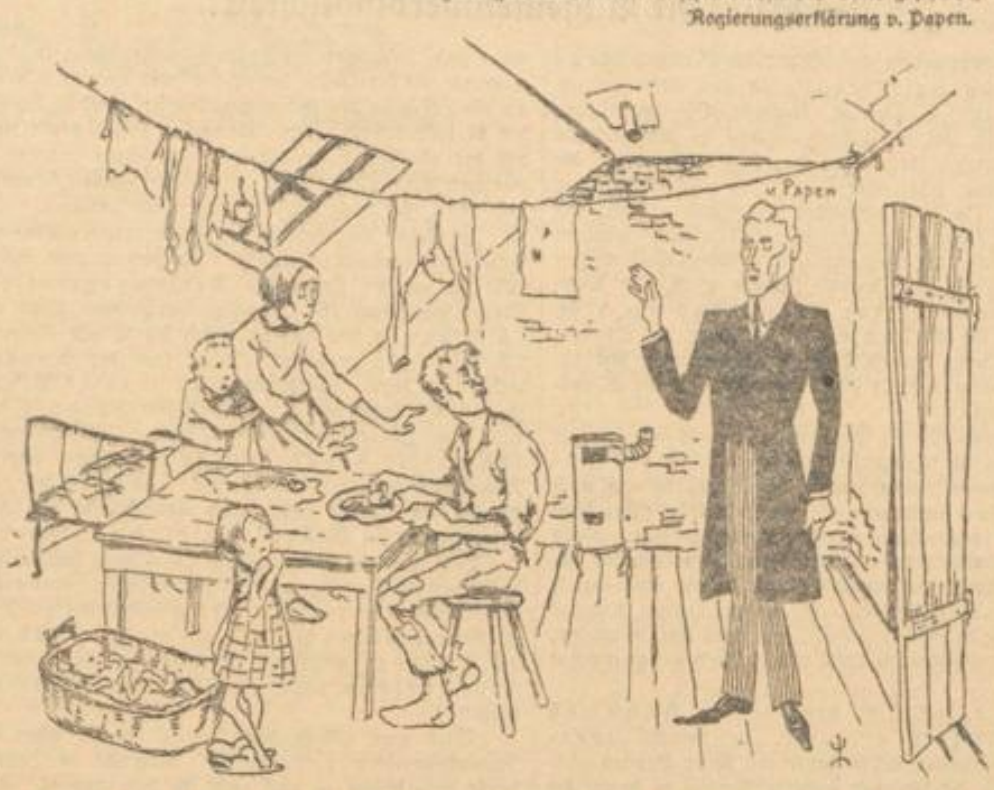
Gefordert wird: Unterricht an allen Schulen im Geiste der Menschlichkeit, Solidarität und Völkerversöhnung. Hinzu kommen: „Maßnahmen gegen die geistigen und seelischen Gefahren der Arbeitslosigkeit." Diese Forderung leitet über zu dem Aufsatz von E. Marquardt: „Tagesschule und Tagesschulheim für Erwerbslose." Hier wird Bericht gegeben über erfolgreiche Versuche praktisch-kultureller Hilfe in Berlin und gleichzeitig eine Skizze der Eigenart der äußeren Organisation, des Lehrplanes und Lehrkörpers dieser Hilfsschule entworfen.

In der Beilage „Sozialistische Erziehung" werden zunächst die erschütternden Ergebnisse einer vom preußischen Volkswohlfahrtsministerium dem Landtag im März 1932 vorgelegten „Denkschrift über den Gesundheitszustand der Kinder in den preußischen Volksschulen" von M. Schmidthauer erörtert. Im Zusammenhang damit beweist K. Löwenstein die große Bedeutung des „Zeltlagers als Kindererholungsstätte". K. Adams gibt praktisches Material über „Unsere Winterhilfe für die Kinder von Erwerbslosen".

Starhemberg fliegt nach Rom, um im Faschistenhauptquartier eine Vereinigung der Heimwehren mit den Nazis vorzubereiten.

Im Namen der Moral!

„Nachkriegsregierungen ... Staat zur Wohlfahrtsanstalt gemacht ... damit moralischen Kräfte des Volks geschwächt."
Regierungserklärung v. Papen.



„Und wenn Ihr künftig keine Unterstützung mehr erhaltet, so geschieht dies nur zur Stärkung Eurer moralischen Kräfte!"

Entlarvte Demagogen.

„Gegenstandslose" Anträge — aber Schutz der Großgrundbesitzer.

Stuttgart, 7. Juni. (Eigenbericht.)

In der Dienstagsitzung des Württembergischen Landtages erlebten die Nationalsozialisten einen bösen Reinfall.

Vor zwei Wochen hatten sie einen Antrag eingebracht: „bei der Reichsregierung und im Reichsrat sofort **schärfsten Einspruch gegen die geplanten neuen Notverordnungen der Reichsregierung** zu erheben". Trotz der offenbaren Dringlichkeit dieses Antrages taten die Nationalsozialisten nichts, um den zu ihrer eigenen Partei gehörenden Präsidenten zu veranlassen, den Antrag zur Beratung zu stellen. Es war offensichtlich, daß sie diesen Antrag nicht aus sachlichen, sondern aus Agitationsgründen und mit der Spitze gegen die Regierung Brüning gestellt hatten. Nach dem Amtsantritt der Regierung Papen wollten sie nichts mehr von der Sache wissen, obwohl aus der Erklärung der neuen Reichsregierung klar hervorgeht, daß sie die wesentlichsten Bestandteile der von Brüning entworfenen Verordnung, vor allem, soweit dadurch die sozialen Leistungen herabgesetzt werden sollen, gleichfalls zu verkünden beabsichtigt.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragte daher am Dienstag, den nationalsozialistischen Antrag sofort zur Beratung zu stellen, da er sonst unwirksam bleiben würde. **Der Nazipräsident und die nationalsozialistische Fraktion kamen in die größte Verlegenheit.** Der Fraktionsvorsitzende Abg. Murr begann ein klägliches Gestammel: Die Regierung Papen würde niemals so unsoziale und volksfeindliche Maßnahmen treffen wie die Regierung Brüning. **„Die nationalsozialistische Fraktion zieht deshalb ihren Antrag als „gegenstandslos" zurück."**

Unter dem stürmischen Gelächter des Hauses hatten die Nazis einen ihrer stärksten Agitationsschlager selbst über Bord geworfen. Sie haben sich mit dieser Kundgebung zugleich einer Regierung ausgeliefert, die in jeder Beziehung mit das reaktionärste Gebilde ist, das in Deutschland jemals regiert hat.

Der neue Bauarbeiterlohn.

Wo bleibt die Allgemeinverbindlichkeit?

Mit der Verbindlicherklärung der Schiedssprüche zur Neuregelung der Bauarbeiterlöhne in den Lohngebieten Rheinland, Westdeutschland, Siegerland, Westfalen-Ost und Lippe, Braunschweig und Görlitz hat die Lohnbewegung im Baugewerbe für die Tarifvertragsparteien ihren Abschluß gefunden. Für die Vertragsparteien bestehen jetzt überall rechtsverbindliche Vereinbarungen. In den genannten Lohngebieten war bei den Nachverhandlungen keine Vereinbarung mit den Unternehmern zu erzielen, weil sie infolge der Regierungskrise Morgenluft witterten. Als die Regierung Brüning wankte, wurde z. B. für Westdeutschland sofort ein weiterer Lohnabbau um 5 Pf. und für Görlitz sogar ein Abbau um 8 Pf. über die Sonderschlichterschiedssprüche hinaus gefordert. Diese Forderungen sind bezeichnend für die Regierung und für die Hoffnungen, die die Sozialreaktion mit ihr verbindet.

Für das Baugewerbe, für die Bauarbeiter sowohl wie für die Unternehmer, steht nun die Frage der Allgemeinverbindlichkeit der Tariflöhne im Vordergrund. Den Arbeitern muß auch bei unorganisierten Unternehmern der Tariflohn sicher sein, und ebenso muß der organisierte tariftreue Unternehmer gegen untertarifliche Schmutzkonkurrenz unorganisierter Unternehmer geschützt werden. Die Allgemeinverbindlichkeit ist sowohl eine soziale wie eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Die entsprechenden Anträge sind von den Tarifparteien bereits gestellt, und man darf erwarten, daß die Allgemeinverbindlichkeit so rasch wie möglich ausgesprochen wird.

Im Bauarbeiterlohn ist nunmehr das Höchstmaß von Abbaumöglichkeit erreicht, ja bereits überschritten. Die Bauarbeiter stehen heute mit ihren Löhnen vielfach schlechter da als die Arbeiter anderer Berufe, in denen die Verdienstmöglichkeiten noch besser sind als im Baugewerbe mit seinen 82 Proz. Arbeitslosen im Juni! Ein Vergleich mit den regelmäßig vom ADGB. veröffentlichten Tariflöhnen zeigt, daß jetzt die Maurerlöhne in 25 Städten niedriger sind als die der Brauereiarbeiter, in 21 Städten niedriger als die der Buchdrucker, in 20 Städten niedriger als die Löhne der Böttcher, in 12 Städten stehen sie unter den Löhnen der Tapezierer, in 7 unter dem Lohn der Bäcker, in 6 unter dem der Möbeltischler, in weiteren 6 Städten unter den Lohnsätzen der Herrenschneiderlöhne; in 3 Fällen sind sie niedriger als die Löhne der Buchbinder und in 2 Städten niedriger als die Löhne in der Lederwarenindustrie und in den Fabrikbetrieben der Metallindustrie. Im allgemeinen liegen heute die Maurerlöhne auf der gleichen Höhe mit den Lohnsätzen anderer Berufe gleichwertigen Charakters. Nur in wenigen Fällen haben sie noch einen und dann nur noch einen geringen Vorsprung.

In vielen Bezirken ist der Bauarbeiterlohn vom Abbau fürchterlich mitgenommen worden. So betrug zum Beispiel im April 1931 in einigen Orten des Vertragsgebietes Nahe der Maurerlohn noch 108 Pfennig; im gleichen Jahr wurde er auf 75 Pfennig und danach durch die Vierte Notverordnung auf 73 Pfennig abgebaut. Dann kam der Sonderschlichter und baute durch Schiedsspruch weitere 23 Pfennig (!) ab, so daß der Lohn jetzt nur noch 50 Pfennig beträgt. Innerhalb eines Jahres wurde also in diesem Fall der Stundenlohn von 108 auf 50 Pfennig (genau 53,7 Proz.) abgebaut. Der im Nahegebiet gezahlte Lohn ist heute um 6 Pfennig niedriger als der im Januar 1924 durch Umrechnung der Papiermarklöhne festgesetzte erste Goldpfennigstundenlohn nach der Inflation.

Der nunmehr durchgeführte Lohnabbau im Baugewerbe beträgt in 24 von 40 Vertragsgebieten für Maurer, Zimmerer und Zementfacharbeiter bis zu 31,2 Proz., und selbst im Tiefbau ist in 20 Vertragsgebieten der Lohn um mehr als 20 Proz. bis zu 34,7 Proz. abgebaut worden, so daß der niedrigste Stundenlohn heute im Tiefbaugewerbe 38 Pfennig beträgt!

Wird nun endlich das sinnlose Gerede über die „zu hohen" Bauarbeiterlöhne verstummen? Nirgends in Deutschland gibt es heute hohe Löhne — auch nicht im Baugewerbe. Der Lohn ist abgebaut, die von den Unternehmern in Aussicht gestellte Belebung des Baumarktes infolge des Lohnabbaus ist jedoch nicht eingetreten. Wenn die Lage auf dem Baumarkt nicht noch schlimmer werden soll, dann müssen so rasch wie möglich durch Allgemeinverbindlicherklärung der neuen Löhne Ordnung und Festigkeit in den Lohnverhältnissen des Baugewerbes wieder hergestellt werden; denn beides ist eine der Hauptvoraussetzungen für die Auftragsvergebung.

„Vorlehre" als Lehrersatz.

Gefahr des Mißbrauchs.

Die Ausbildung der arbeitslosen Jugendlichen gehört zu den brennendsten sozialpolitischen Fragen. Wir haben eine Million jugendliche Arbeitslose. Jährlich kommen 600 000 junge Menschen neu von der Schule auf den Arbeitsmarkt. Damit sie nicht direkt von der Schule den Gefahren der Arbeitslosigkeit ausgeliefert werden, sollen sie — darüber sind sich Gewerkschaften, Behörden und Unternehmer einig — in sogenannten Vorlehrkursen wenigstens eine gewisse Ausbildungsmöglichkeit in den ohnehin halb stilliegenden Werkstätten erhalten. Die Vorlehre soll eine möglichst vielgestaltige Ausbildung sichern, z. B. in der Metallindustrie Schulung auch in einfachen Arbeiten am Schmiedefeuer und an den Werkzeugmaschinen. Praktisch und theoretisch soll die Vorlehre durchgeführt werden.

Da die Vorlehre ohne jede vertragliche Bindung (Arbeits- oder Lehrverhältnis) vor sich geht, ist von freigewerkschaftlicher Seite die Befürchtung geäußert worden, daß die Vorlehre schließlich das ordentliche Lehrverhältnis ganz verdrängt. Von Unternehmerseite wird dem entgegengehalten, daß jedes Unternehmen, wenn die Verhältnisse es ihm einigermaßen erlauben, sicherlich einen ordentlichen Lehrvertrag abschließe, da nur eine gegenseitige Bindung auf längere Zeit die Möglichkeit gebe, die auf die Ausbildung verwandte Mühe im späteren Verlauf der Lehrzeit auch wieder für den Betrieb nutzbar zu machen.

Mit diesem Hinweis können die Bedenken der Gewerkschaften nicht völlig entkräftet werden. Einstweilen haben wir noch keine normalen Verhältnisse. Auf lange Zeit hinaus besteht daher die Gefahr, daß so mancher Meister die Vorlehre einfach als Ersatz für ein reguläres Lehrverhältnis betrachtet, eben weil die Vorlehre auf keinem Vertragsverhältnis beruht und also auch der Meister gegenüber dem Lehrling keinerlei rechtlich festgelegte Verpflichtungen hat. Die freien Gewerkschaften wollen nicht, daß die Vorlehre völlig im Belieben des Unternehmers liegt. Die Berufsschule soll den Lehrling in die Vorlehre vermitteln und ganz allgemein in die Regelung der Vorlehrkurse soweit eingeschaltet werden, daß Mißbrauch mit dem Lehrling von vornherein unterbunden wird.

Der Tarif der Kölner Brauereiarbeiter ist von den Unternehmern gekündigt worden. Sie fordern eine direkte Lohnkürzung um 7 Prozent. Die Lehrlinge sollen künftig außerhalb des Tarifs bleiben. Trotz der Fünftagewoche möchte man sich die Möglichkeit der neunstündigen Arbeitszeit offen halten. Alles in allem betragen die geforderten materiellen Verschlechterungen einen Abbau um 25 bis 30 Prozent.

Die Kölner Brauereiarbeiter haben die Forderung der Unternehmer einmütig abgelehnt.

Werkmeister-Verband gibt Rechenschaft.

Bericht zum Verbandstag.

Der Deutsche Werkmeisterverband, die älteste und größte Organisation der technischen Betriebsangestellten der Welt, hat soeben seinen Geschäftsbericht für die Jahre 1930/31 herausgegeben. Der Verband zählte zu Beginn der Berichtszeit 130 000 Mitglieder. Der wirtschaftliche Niedergang hat die Mitgliederbewegung relativ gering beeinträchtigt. Ziemlich groß ist aber die Zahl der stellenlosen Mitglieder. Zu Ende der Berichtszeit wurden 18 800 gezählt.

Dementsprechend ist auch die Ausgabe für Unterstützungen gestiegen. Im Jahre 1930 betrug sie 3 760 445 Mark und im Jahre 1931 4 559 098 Mark. Werden die Leistungen der Nebeneinrichtungen hinzugerechnet — der Verband hat eine Sterbekasse, einen Brandversicherungsverein und eine Berufskrankenkasse, Ersatzkasse —, so ergibt sich in beiden Jahren eine Gesamtausgabe von über 16½ Millionen Mark, die den Mitgliedern wieder zugeflossen sind. Daneben wurden 3 063 541 Mark vor den Gerichten erstritten. Wie stark das Rechtsschutzbedürfnis in der Berichtszeit war, kommt dadurch zum Ausdruck, daß 110 000 Auskünfte über alle möglichen Rechtsgebiete von den Landesgeschäftsstellen erteilt wurden.

Bemerkenswert ist noch, daß der Verband an 550 Tarifverträgen beteiligt ist; er stellt mehr als 2500 Betriebsräte, 350 Arbeitsrichter und Landesarbeitsrichter, 350 Vertrauensmänner der Angestelltenversicherung und ist außerdem in allen maßgebenden Körperschaften und Behörden vertreten.

Auch die Bildungsbestrebungen der Mitglieder sind in der Berichtszeit gefördert worden durch Veranstaltung beruflich-fachlicher, wirtschaftlicher, arbeitsrechtlicher und Sozialversicherungskurse im ganzen Reichsgebiet. Beachtenswert sind auch die Abschnitte, die sich mit den Vorgängen auf dem Gebiet der Sozialversicherung und mit der Entwicklung der deutschen Wirtschaft in den beiden letzten Jahren befassen.

In den nächsten Tagen, vom 11. bis 13. Juni, hält der Deutsche Werkmeisterverband seinen 30. Verbandstag in Mannheim ab. In Verbindung damit findet am Sonntag, dem 12. Juni, eine große öffentliche Werkmeisterkundgebung statt, an der mehrere tausend Werkmeister aus Südwestdeutschland teilnehmen werden. Der Redner, Verbandsvorsitzender Hermann Buschmann, wird insbesondere auch zu den nationalen und internationalen Gegenwartsfragen Stellung nehmen.

Die „Stärke" der RGO.

Das große Maul und nichts dahinter.

Die kommunistische Presse stimmt jedesmal ein Freudengeheul an, wenn infolge des unaufhörlichen Krisendrucks irgendeine freigewerkschaftliche Organisation ihre Jahres- oder Quartalsbilanz mit einem Mitgliederverlust abschließt. Dabei hätte die KPD. alle Ursache, über die Mitgliederverluste der freien Gewerkschaften zu schweigen, denn in ihren RGO.-„Verbänden" nehmen die Mitglieder fluchtartig Reißaus.

Aus dem kommunistischen „Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter" in Berlin laufen die Mitglieder so scharenweise fort, daß sich das Reichskomitee der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition" genötigt sah, den kommunistischen Landarbeiterbonzen in einem Brief vom 18. Mai, der uns im Original vorliegt, ganz gehörig den Marsch zu blasen. In dem Schreiben heißt es u. a.:

„Im April meldet Ihr einen Mitgliederbestand von 2505 Mitgliedern. Im März wurden 3055 Mitglieder gemeldet. Hier ist also schon ein Mitgliederverlust von 550 Mitgliedern vorhanden. Außerdem ist die Kassierung nicht besser geworden. Im März wurden bei einem Bestand von 3055 Mitgliedern 1040 kassiert und im Februar wurden von 2853 Mitgliedern 1649 kassiert. Diese hier angeführten Zahlen beweisen mit aller Deutlichkeit, daß Eure Organisation rapide zurückgeht. . . . Auf Grund Eurer Mitgliederbewegung im April müssen wir im Reichskomitee zu der Auffassung kommen, daß Eure Organisation über die Mitgliederbewegung nicht orientiert ist und daß die Zahlen auf den Abrechnungsformularen willkürlich angegeben werden. Ein Beweis hierfür ist, daß die Uebertragungen der Mitgliederbestände am Ende des Monats auf den neuen Monat nie stimmen."

Die RGO. wird sich vergeblich bemühen, einen Verband innerhalb des ADGB. oder AfA-Bundes zu benennen, der wie ihr famoser Landarbeiterverband in einem einzigen Monat mehr als 18 Proz. seines schon an sich lächerlich geringen Mitgliederbestandes eingebüßt hat. Die freien Gewerkschaften sind trotz der langanhaltenden Krise eine Macht, die die Stärke ihrer Bataillone vor aller Oeffentlichkeit kundgeben kann. Bei der RGO. dagegen steht die Wichtigtuerei ihrer „Führer" in einem so argen Mißverhältnis zu der Zahl der von ihnen „Geführten", daß man die Bekanntgabe der Mitgliederzahl selbst vor der eigenen Mitgliedschaft ebenso scheut wie die Rechnungslegung über den Verbleib der Mitgliederbeiträge.

BGO., Bahnhof 24, Lichtenberg. Donnerstag, 19½ Uhr, bei Henkel, Lichtenberg, Hubertus- Ecke Wagnerstraße, Fraktions- und Hammerschaftsversammlung. „Der Kampf um die Lebensrechte der Arbeiterklasse." Referent: Eduard Fachert. Das Parteimitgliedsbuch ist mitzubringen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Mittwoch, 8. Juni, 18½ Uhr, tagen die Gruppen: **Südwesten:** Jugendheim Yorkstr. 11 (Fabrikgebäude). Unter dem Sozialistengesetz. — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Gartenhaus). Jugend und Arbeitslosenpflicht. — **Spandau-Neustadt:** Jugendheim Lindenufer 1. Spukabend. — **Nordring:** Jugendheim Sonnenburger Str. 20. Die Arbeit der Berliner Kriminalpolizei. — **Weißensee:** Jugendheim Weißensee, Parkstr. 36. Die lustige Schallplatte. — Das lustige Buch. — **Arnswalder Platz:** Jugendheim Schönlanker Str. 11, Baracke 6. Bunschenabend. — **Neukölln:** Jugendheim Bergstraße 29 (Hof). Arbeiter und Polizei. — **Flughafen:** Jugendheim Flughafenstraße 68 (U-Bahn Boddinstraße). Kumpfliederabend. — **Humboldt:** Jugendheim Grauns Ecke Lortzingstraße. Zehn-Minuten-Referate: Mein Beruf. — **Schillerpark:** Jugendheim, Schule Schöningstr. 17. Alfred stellt sich vor. — **Tegel:** Jugendheim Tegel, Schönerberger Str. 4. Heimbesprechung. — **Baumschulenweg:** Jugendheim Baumschulenweg Ernststr. 16. Außenspielabend. — Wir spielen ab 18 Uhr: Nordkreis: Spielwiese Schillerpark. — Ostkreis: Sportplätze Treptower Park, Wiese 1, und Friedrichshain, Platz Nr. 4. — **Jugendgruppe des Gesamtverbandes,** Fachgruppe Friseure: Vortrag mit Lichtbild-Illustrationen über: „Hand- und Nagelpflege". — **Jugendgruppe des Deutschen Baugewerksbundes,** Maurer: Baudend in der Berufsschule Grünthaler Str. 4—5, Z. 35.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: **Schönhauser Vorstadt:** Jugendheim der Schule Kastanienallee 81. Vortrag: Unser Verband, sein Ziel, seine Einrichtungen, seine Jugendarbeit. Referent: Pier. — **Nordost** I: Jugendheim Danziger Str. 62 (Baracke 2). Diskussionsabend: Warum Sport? Leiter: Kolpin. — **Reinickendorf:** Jugendheim Lindauer Str. 2 (Baracke). Gruppenbesprechung. — **Steglitz:** Jugendheim der Schule Goßlerstr. 61. Dichterabend. — **Köpenick:** Jugendheim Pahlwitzer Str. 15. (Gasanstalt, am Bahnhof Köpenick.) Wir lesen aus den Werken von B. Traven. — **Neukölln:** Jugendheim Böhmische Str. 1—4, Ecke Kanner Straße. Kurzreferate: Wanderungen durch die Mark. — **Südost:** Jugendheim Manteuffelstr. 7. Diskussionsabend: Ist der Sozialismus eine Utopie? Referent: Jul. Diederich. — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Hofgebäude, Sachsenzimmer). Heiterer Abend unter dem Motto: Lauter lustige junge Leut' sein's wir. — **Charlottenburg:** Jugendheim Spielhagenstr. 4. Bunter Abend. — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Vortrag: Der erste Versuch einer Planwirtschaft. Referent: Aucustin. — **Nordost** II: Wir besuchen die Versammlung des Werbebezirks. — Die Versicherungsgesellschaft „Sorgenfrei" A.-G. tagt heute von 16 bis 18 Uhr im Verbandshaus, Z. 24. — Spiele im Freien: Heute ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Humboldthain, Sportplatz Weißensee, Feld 5, und Sportplatz Friedrichshain.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt, Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW. 68 Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen.

Sil, das wie die Sonne bleicht- macht das Fleck-Entfernen leicht!

In Sil haben Sie das schonende Mittel zur raschen Entfernung hartnäckiger Obst-, Saft-, Kakao-, Blut- oder Tintenflecke. In Sil haben Sie aber auch die neue Spülerleichterung, die von praktischen Hausfrauen entdeckt wurde. Machen Sie es auch so. Geben Sie dem ersten, heißen Spülwasser etwas Sil, kalt aufgelöst, bei, dann verschwinden rasch alle Seifenreste. Ihre Wäsche erhält einen besonders klaren, reinen Ton und prachtvoll frischen Duft.

zum Bleichen ohnegleichen!

Zum Einweichen der Wäsche, zum Weichmachen des Wassers: Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Todesurteile in Guben

Ende des Ziehm-Prozesses — Von der Schuld der Mörderinnen überzeugt

Guben, 7. Juni.

Unter atemloser Spannung verkündete 18.15 Uhr der Vorsitzende im Ziehm-Prozeß das Urteil. Die beiden Angeklagten, Frau Ziehm, und ihre Mutter, Frau Ladewig, wurden wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode verurteilt. Frau Ziehm erhielt außerdem wegen versuchter Anstiftung zum Meineid und wegen versuchten Totschlags ein Jahr sechs Monate Zuchthaus. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden beiden Angeklagten auf Lebenszeit aberkannt.

*

Rechtsanwalt Biernert hatte sich in seiner Verteidigungsrede auf den Standpunkt gestellt, es sei nicht erwiesen, ob das Kind das Gift nicht selbst genommen habe. In der Sache wegen Verleitung zum Meineid stellte der Verteidiger die Beurteilung dem Gericht anheim. Rechtsanwalt Dr. Ebersbach führte für Frau Ladewig aus: Der Indizienbeweis ist sehr lückenhaft. Er bildet ein morsches Gebäude, das in sich zusammenbrechen muß. Ich habe schon mehrfach nachgewiesen, daß die Vergiftung nur in der Zeit von 12.50 Uhr bis 1.05 Uhr erfolgt sein kann. Für die Wirkung des Giftes selbst blieben etwa drei bis vier Minuten, denn die andere Zeit hatte ja Frau Ladewig gebraucht, die Betten abzuziehen. Es sei aber, so führte der Verteidiger weiter aus, ganz ausgeschlossen, daß Chlorkali, dessen mittlere Wirkung sechs Stunden beträgt, innerhalb drei Minuten wirken kann.

In der Sitzung hatten die beiden angeklagten Frauen das letzte Wort erhalten. Frau Ziehm sagte: Ich bin unschuldig, wenn Sie mich zum Tode verurteilen, dann verurteilen Sie eine Unschuldige. Vorsitzender: Ich appelliere an die Tochter in Ihnen. Ihre Mutter steht mit Ihnen unter schwerer Anklage. Wenn Sie sich schuldig fühlen, so wäre jetzt die letzte Minute, in der Sie vielleicht Ihre Mutter retten können. Frau Ziehm: Ich bin unschuldig. Vorsitzender: In jedem Punkte der Anklage? Auch in dem Punkte, wo es sich um Verleitung zum Meineide handelt? Frau Ziehm: Da habe ich mich nur geirrt. Vorsitzender: Wollen Sie wirklich nicht mehr sagen? Frau Ziehm: Ich kann nur immer wieder sagen, ich bin unschuldig. Frau Ziehm unterhält sich daraufhin mit ihrem Verteidiger und erklärt dann: Ich gebe nach Rücksprache mit meinem Verteidiger zu, daß die Unterredung mit Frau Krüger in der Weise stattgefunden hat, wie sie Krügers schildern. Damit hat auch Frau Ziehm die Verleitung zum Meineid zugegeben.

Vorsitzender: Frau Ladewig, haben Sie noch etwas zu erklären? Frau Ladewig: Ich habe nie etwas von Chlorkali gewußt, ich habe nie gewußt, daß Chlorkali im Hause war, ich bin unschuldig am Tode des Kindes. Ich habe es geliebt, es sollte meine Altershoffnung sein. Während dieser Ausführungen weinte Frau Ziehm heftig, während Frau Ladewig so ruhig wie sonst im ganzen Verlauf der Verhandlung war.

Frau lebendig verbrannt.

Schweres Brandunglück in Rangsdorf / 2 Kinder gerettet.

In der Ortschaft Rangsdorf an der Zossener Strecke ereignete sich gestern ein folgenschweres Brandunglück, das ein Todesopfer forderte.

In einem Geräteschuppen hatte sich die 46 Jahre alte Frau Hanke aus der Stromstraße 20 in Moabit mit ihren beiden 10 und 6 Jahre alten Mädchen eine Notwohnung eingerichtet. Auf dem Nachbargrundstück wohnt die Schwester der Frau. Heute früh gegen ½4 Uhr ertönten aus dem Schuppen plötzlich laute Hilferufe. Ein Fenster wurde geöffnet und die beiden Kinder sprangen ins Freie. Aus dem Schuppen drangen dichte Rauchschwaden. Durch die Schreie wurde die Tante der Kinder aus dem Schlafe geschreckt und als sie hinzueilte, fand sie Frau Hanke in ihrem Bett, das fast niedergebrannt war, mit schweren Brandverletzungen bewußtlos auf. Die Unglückliche wurde ins Neuköllner Krankenhaus gebracht, wo bei der Einlieferung jedoch nur noch der Tod festgestellt werden konnte. Wie die polizeilichen Nachforschungen bisher ergeben haben,

erwachte die Zehnjährige gegen 3 Uhr und sah das Bett der Mutter in Flammen stehen. Das Kind rettete zunächst sein sechsjähriges Schwesterchen

und versuchte dann auch noch mit einem Eimer Wasser die Flammen zu ersticken. Als das aber nicht gelang, sprang die Kleine gleichfalls ins Freie und rief Hilfe herbei. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch völlig ungeklärt. Wie wir von dem Amtsvorsteher in Rangsdorf erfahren, wohnte Frau Hanke unangemeldet und ohne Genehmigung in dem Schuppen. Da Frau H. schon einmal wegen eines Nervenleidens in einem Sanatorium war, ist der Verdacht aufgetaucht, daß die Unglückliche auf diese furchtbare Weise Selbstmord begangen hat.

Paläste für feudale Klubs . . .

Und Tellersammlungen für Proletarier — Was Nazi-Treff in Italien sah

Unter der Ueberschrift „Das Wohlfahrtswerk des Faschismus" gibt im „Angriff" der Berliner Nazi-Stadtrat Herbert Treff seine Eindrücke von einer Studienreise durch das faschistische Italien wieder. Wohl als Vorbereitung für eigene Pläne hat er sich in Mussolinien insbesondere die Einrichtung der städtischen Fascio angesehen, also die Kontrollorgane der Faschistenpartei über die Gemeindevertreter. In Italien wird selbst der Podesta (Bürgermeister) und die ihm zur Seite stehende beratende Körperschaft nicht von den Einwohnern der Gemeinde gewählt, sondern alle Posten werden auf Vorschlag der faschistischen Parteizentrale besetzt. Herr Stadtrat Treff sollte sich einmal dazu äußern, ob das eine ausgesprochene Bonzenwirtschaft oder eine „nationale Volksvertretung" ist.

Stattdessen schreibt aber der Sendling der Berliner Nazis, der ein Empfehlungsschreiben mitbekam, das ihm angeblich alle Türen öffnete, lang und breit über den liebenswürdigen Empfang bei seinen Parteifreunden und fällt fast vor Erstaunen um, daß man ihm einen deutschsprechenden Führer zur Verfügung stellt, der ihm sogar zu einer Audienz beim Oberbonzen von Mailand verhilft.

Interessant ist die Schilderung des so durch das Faschistenparadies Geführten über einen Palast der Fasciogruppe Sciesa im Zentrum von Mailand, zu deren Bereich nach den eigenen Worten des Verfassers nur reiche und feudale Mitglieder gehören. Da gibt es ein vierstöckiges Gebäude mit Sportraum zum Fechten und Boxen, Brausebad, Erfrischungsraum und Spielzimmer mit Billards. Selbst den in Mailand ansässigen russischen Emigranten hat man ein Zimmer zur Verfügung gestellt.

Danach berichtet der Berliner Sendling der Nazis aber auch von einem Fascio in der südlichen Arbeitergegend Mailands. Und da ist plötzlich nichts mehr zu hören von prunkvollen Häusern und Gelegenheiten zu sportlicher Betätigung. **Vielmehr läßt man hier die Proleten eine Sammlung zur Bekämpfung der Tuberkulose abhalten.** Wo bleibt da die Staatshilfe und die städtische Wohlfahrt, Herr Treff? Der Faschismus hat die Idee der Nation als Ganzes auf seine Fahnen geschrieben, **unser Berliner Stadtrat muß aber bekennen, daß es in Italien eine rein öffentliche Wohlfahrt nicht gibt.** Vielmehr besorgen das auch wieder die Parteiinstanzen. Wer also in Not und Elend steckt, muß zum Fascio laufen und sich dort eine kleine Unterstützung erbetteln. Selbstverständlich wird er dabei im faschistischen Sinne traktiert, und wer der offiziellen Gewerkschaft nicht angehört, hat wie in allen arbeitsrechtlichen Fragen keinerlei Anrecht auf Unterstützung.

Die Gewerkschaften sind aber Zwangsorganisationen des Staates, der Beitrag dafür wird einfach vom Lohn abgezogen. So sieht die „Freiheit" der italienischen Arbeiterschaft aus. Alles: Arbeitsbeschaffung, Wohlfahrtsunterstützung, Ferienurlaub, tarifliche Bezahlung bekommt nur derjenige, der sich den faschistischen Organisationen angeschlossen hat. Braucht man da noch über die Zahl der Organisierten zu staunen?

„Dopolavoro" (Nach Feierabend) heißt mit sehr schönen Worten ein faschistischer Bund, der verbilligte Reisen und Kinobesuche durchführt. Ueberall gibt es also Privilegien für die offiziellen Parteiunternehmen. Die übrigen Proleten können ruhig verrecken. Das nennt sich dann eine würdige „nationale Vertretung" der Volksinteressen.

Herr Treff hätte mal ohne amtlichen Führer in die Arbeiterviertel von Genua oder Neapel gehen sollen, er hätte ein anderes Bild vom wirklichen Italien erhalten: Wohnungsnot, Hunger und Erbitterung über das faschistische System.

Als Häscher und Niederhalter der wachsenden Gärung hält sich Mussolini seine vom Staat bezahlte Parteigarde, die schwarzhemdeten Milizleute. Es mag sein, daß sie heute in der Oeffentlichkeit nicht mehr so sehr hervortreten wie in den Anfangsstadien des Faschismus. Aber sie lauern im Hinterhalt. Als der kühne Bassanesi seine antifaschistischen Flugblätter im letzten Herbst über Rom warf, erzählten uns bei einem kurz darauf folgenden Besuch Arbeiter in einer römischen Vorstadt, daß in kurzem in der Umgebung Zehntausende dieser Landsknechte versammelt waren, um ihren „Duce" zu beschützen.

Diktatur gegen die Arbeiterschaft mit Hilfe einer bevorrechteten und gut bezahlten Landsknechtsgarde, das ist das Ziel, das sich die Nazis auch in Deutschland gestellt haben. Helft alle mit, den Nachäffern Mussolinis am 31. Juli klarzumachen, daß das deutsche Volk nicht so dumm ist, wie sie glauben.

Führer
im
Entscheidungskampf
zwischen
Freiheit und Diktatur
Arbeiterrecht und Knechtung
Sozialismus und Gewaltherrschaft
ist der
„Vorwärts"
Jeder Parteigenosse, jeder Reichsbannerkamerad, jeder Gewerkschaftler, jeder Arbeitersportler wirbt jetzt für den „VORWÄRTS", die
Zeitung der Arbeit
Ans Werk!
Rüstet zum 31. Juli!

Drahtlos Feueralarm.

Versuche der Feuerwehr. — Der Funkwecker kommt.

In den letzten Jahren ist ständig an Verbesserungen bei den Alarmanlagen der Feuerwehr, soweit der Etat es erlaubte, gearbeitet worden. Neuerdings erprobt das Stadtamt für Feuerlöschwesen Berlin bei der Feuerwehr in Wannsee die drahtlose Alarmierung, wozu ein sogenannter Funkwecker von einer Berliner Spezialfirma konstruiert worden ist. In der Wannseer Feuerwache ist zunächst ein kleiner Sender (5 Watt) probeweise in Betrieb genommen worden. An fünf Stellen im Brandbezirk sind hierzu die Melder aufgestellt. Bei Feuersgefahr werden bei den einzelnen Meldern von der Wache aus drahtlos Alarme ausgelöst. Die amtlichen Stellen der Berliner Feuerwehr, die überhaupt die Anregung zur Konstruktion dieser neuesten Alarmanlage gegeben haben, sind an diesen Anlagen stark interessiert; leider wird sich für die nächste Zeit eine allgemeine Einführung nicht ermöglichen lassen, da die Kosten sehr hoch sind. Am Stölpchensee war dieser Tage eine zweite Anlage errichtet worden. Demonstrationen vor einem Kreis von Interessenten und Presseleuten erbrachten den Beweis der Brauchbarkeit der drahtlosen Alarmanlage.

Der rasende Tod.

Wieder ein Rennfahrer tödlich verunglückt.

Limburg a. d. Lahn, 7. Juni.

In der scharfen Rechtskurve hinter dem Dorfe Lindenholzhausen ereignete sich am Montagmittag ein schweres Autounglück, dem der 52jährige Opelrennfahrer Walter Andreae aus Frankfurt a. M. zum Opfer fiel. Der Besitzer des verunglückten Sportwagens, Prinz Karl zu Löwenstein (Württemberg) befand sich auf einer Zuverlässigkeitsfahrt, die ihn rheinaufwärts über Limburg nach Frankfurt a. M. führen sollte. In Limburg hatte er das Steuer dem Fahrer Andreae überlassen, und als dieser die Kurve mit ungefähr 100-Kilometer-Geschwindigkeit nehmen wollte, raste der Wagen die Böschung hinauf und überschlug sich. Der Prinz und Andreae wurden aus dem Wagen geschleudert, wobei letzterer einen schweren Schädelbruch erlitt, dem er kurz nach Einlieferung ins Limburger Krankenhaus erlag.

Die Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundung, Berlin W. 30, Motzstr. 22, hält am Freitag, dem 10. Juni, um 16 Uhr, im Landeshaus, Matthäikirchstraße 20—21, ihre diesjährige Mitgliederversammlung ab.

Europas schönstes Hallenbad.

Zwei Jahre Stadtbad Mitte.

In diesen Tagen sind zwei Jahre vergangen, seit das neue Stadtbad Mitte in der Gartenstraße im Norden Berlins in Betrieb genommen wurde. Die Erfahrungen dieser zwei Jahre haben bewiesen, daß die bereits bei der Projektierung der Anlage von vielen Seiten geäußerten Befürchtungen, daß ein derartig groß angelegter Betrieb große Zuschüsse erfordern und eine starke Belastung für den Stadthaushalt werden würde, grundlos waren und die Anlage, so wie sie ausgeführt worden ist, einem dringenden Bedürfnis der arbeitenden Bevölkerung entspricht.

Dies erhellt am besten aus den Besucherzahlen des vergangenen Rechnungsjahres 1931. Es wurden insgesamt 875 000 Bäder abgegeben, und zwar 600 800 Schwimmbäder, darunter rund 86 000 im Rahmen des planmäßigen Schulschwimmunterrichts, rund 118 000 während der Uebungsabende der Schwimmvereine, 101 000 Wannenbäder, 119 000 Brausebäder und 37 000 medizinische und Heilbäder.

Es ist gelungen, durch Rationalisierungsmaßnahmen im Verbrauch von Brennstoff, der auf den außerordentlich günstigen Satz von 2,2 Kilogramm pro Bad reduziert werden konnte, ferner im Verbrauch von Wasser und Strom den Zuschußbedarf auf ein Minimum herabzudrücken, so daß das Rechnungsjahr 1931 mit einem Zuschuß von nur rund 5½ Proz. der Einnahme abgeschlossen hat, also weitaus günstiger als bei allen übrigen städtischen Hallenbädern. Es kann damit gerechnet werden, daß dieser Zuschuß noch geringer werden wird und evtl. der Betrieb sich selbst erhält. Mit Befriedigung kann festgestellt werden, daß die Anlage allen Anforderungen, die an sie gestellt wurden, entsprochen hat. Großer Beliebtheit erfreut sich auch das 800 Quadratmeter große Sonnenbad, das in Verbindung mit dem Schwimmbad das Freibad ersetzt. Stark besucht sind auch die Gymnastikkurse, die für Männer und Frauen an allen Tagen nachmittags im großen Gymnastiksaal des Stadtbades abgehalten werden. Alle Besucher des Stadtbades wie auch die zahlreichen Interessenten des In- und Auslandes, die das Bad besichtigten, waren stets des Lobes voll über die Zweckmäßigkeit und Schönheit der Anlage und seiner Einrichtungen, ganz besonders der großen und hellen Schwimmhalle, die ihresgleichen in Europa nicht findet.

Anlagen, wie das Stadtbad Mitte, sind Schöpfungen eines neuen Berlins, entstanden für das Allgemeinwohl in einer Zeit, da der Staat „Wohlfahrtsanstalt" nicht nur für Großgrundbesitzer und Schlotbarone, sondern auch für Proletarier sein wollte. Um die Erhaltung auch dieser Errungenschaften geht es gleichfalls am 31. Juli!

Selbstmord eines Direktors!

In seiner Wohnung am Munsterdamm 32 in Steglitz wurde gestern der 46 Jahre alte Direktor Friedrich Müller erschossen aufgefunden. M. hatte sich aus einer Mehrladepistole einen Schuß in die Schläfe beigebracht. Finanzielle Sorgen sollen das Motiv zu dem Verzweiflungsschritt sein. — Während der Abwesenheit ihres Mannes verübte die 38jährige Aerztin Ilse Sigismund in der Küche ihrer Wohnung in der Wiegandthaler Straße 14 Selbstmord durch Gas. Als die Tat entdeckt wurde, war es bereits zu spät; die Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg. Der Grund zur Tat ist noch unbekannt.

Schwerer Arbeitsunfall.

In der Lindenstraße 26 ereignete sich gestern ein schwerer Arbeitsunfall. An der Fassade werden zur Zeit Erneuerungsarbeiten vorgenommen. Einer der Handwerker, ein 37jähriger Bauarbeiter Franz Kuntze aus Südende, verlor plötzlich den Halt und stürzte vom Gerüst aus beträchtlicher Höhe hinab. Mit einem Schädelbruch und einer schweren Wirbelsäulenverletzung wurde der Verunglückte ins Krankenhaus gebracht.

Die neueste Nummer der „I.R.Z.", der Illustrierten Republikanischen Zeitung, bringt außerordentlich interessantes Bildermaterial über die jüngsten politischen Ereignisse. In einem Beitrag „Deutsch-französische Unterhaltungen" weist Theodor Haubach die Lügen zurück, die von der reaktionären Presse über die Tagung von Dijon verbreitet worden sind. Ueber die Schulungsarbeit des Reichsbanners berichtet ein reich illustrierter Artikel, der den Jungbanner-Kursus in Bernau zur Grundlage hat.

Riesensumpf Devaheim

Die Zuteilung von Spargeldern — Kiesgrube Finowfurth

Im Devaheimprozeß beschäftigte man sich am Dienstag weiterhin mit der Zuteilung der Spargelder. Dieses Kapitel der Devaheim-Mißwirtschaft ist besonders dunkel.

Die Anklage erhebt den Vorwurf, daß die Zuteilung von Spargeldern nicht ordnungsgemäß erfolgt sei, sondern in zahlreichen Fällen Zuteilungen an Personen vorgenommen wurden, die noch keinen Darlehensanspruch hatten, wobei man sich fingierter Verträge bedient haben soll. Der Zeuge Marotzke gab zunächst eine Darstellung der recht komplizierten Zuteilungsarithmetik und schilderte, daß die Zuteilung auf Grund einer Schlüsselzahl erfolgte, die sich aus der Einzahlungssumme und der Zeit berechnete, und die durch Zuschlagspunkte auf Grund des Lebensalters und der Kinderzahl des Sparers erhöht wurde. Man behandelte dann den ersten Fall dieser unrechtmäßigen Zuteilungen, wobei es sich darum handelt, daß der Angeklagte Generaldirektor Jeppel gemeinsam mit dem Angeklagten Cremer jr. eine Zahlung von 268 000 Mark an das Bankhaus Hennings für den Erwerb des Geschäftshauses am Monbijouplatz geleistet hat. Da diese Zahlung der Anklage nach aus Bauspargeldern erfolgte, wurde ein fingierter Bausparvertrag abgeschlossen, in der Weise, daß ein alter Sparvertrag für einen Rittergutsbesitzer Zastrow auf das Bankhaus Hennings überschrieben wurde, ohne daß das Bankhaus davon Kenntnis hatte. Auf diesen Sparvertrag erfolgte eine Auszahlung für den Kauf des Grundstücks Monbijouplatz, und es blieben noch 100 000 Mark als Guthaben übrig. Von diesem Konto verfügten Jeppel und Cremer jr. zum eigenen Vorteil über je 45 000 M. Da dieser Gesamtbetrag von 90 000 Mark ohne Sicherheiten nicht ausgezahlt werden durfte, hinterlegte Jeppel einen Hypothekenbrief von 170 000 Mark über eine Hypothek, die er auf eine ihm gehörige Kiesgrube bei Finowfurth hatte eintragen lassen. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft ist diese Hypothek in Wirklichkeit wertlos, da die Kiesgrube, die Jeppel für 26 000 M. in einer Zwangsversteigerung auf Veranlassung von Direktor de Laporte erwarb, höchstens 6000 M. wert gewesen sein solle. Der Zeuge Hauptmann a. D. de Laporte, der frühere geschäftsführende Direktor der Devaheim, legte dem Gericht aber ein

Gutachten eines beeidigten Sachverständigen vor, das den Wert der Kiesgrube auf über 1 Million taxierte.

Staatsanwaltschaftsrat Eichholz hielt ihm vor, daß der Konkursverwalter des Devaheim-Konzerns für die Grube nur 3000 M. erzielt habe, worüber Direktor de Laporte sein Erstaunen ausdrückte.

Weiter behauptete Zeuge de Laporte, daß er von seinem Posten in der Devaheim, die auf seine Anregung gegründet worden sei, durch Intrigen der Angeklagte Jeppel und Pastor D. Cremer verdrängt worden sei. Jeppel jun. habe sich ihm, dem Zeugen, gegenüber in Form und Haltung haarsträubend benommen und vor einer Aufsichtsratssitzung sei er von Pastor Füllkrug

vor Pastor Cremer und der Kamarilla beim Zentralausschuß für Innere Mission gewarnt

worden. In diesem Zusammenhang bezeichnete der Zeuge, der im Aufsichtsrat des Konzerns blieb, die Mitglieder des Zentralausschusses als eine Schutztruppe für Pastor D. Cremer. Pastor Cremer habe ihn auch als Aufsichtsratsmitglied absetzen wollen mit der Begründung, daß er, der Zeuge, einige Privattelephongespräche geführt und auf einem Geschäftsbogen der Devaheim einen Privatbrief geschrieben habe. Jeppel habe alles benutzt, um ihn, den Zeugen, zu diskreditieren.

Schüler vom Schupo gerettet.

Zwölfjähriger beim Spielen ins Wasser gestürzt.

Durch die Geistesgegenwart des Oberwachtmeisters Burghardt vom 42. Polizeirevier wurde gestern der zwölf Jahre alte Schüler Erwin Grahlmann aus der Luxemburger Straße 3 vor dem Ertrinkungstode bewahrt. Der Junge fiel beim Spielen auf einem Kran am Nordhafen auf einen Steinvorsprung der Uferböschung. Hierbei brach sich der Schüler den rechten Arm und stürzte ins Wasser. Oberwachtmeister B., der unweit der Unfallstelle gerade patrouillierte, eilte sofort hinzu und rettete das Kind. Der Verunglückte wurde zur nächsten Rettungsstelle und später in die Wohnung der Eltern gebracht.

*

Dieser Tage ist wieder eine Reihe von Berliner Schupobeamten vom Polizeipräsidenten Grzesinski wegen mutigen und umsichtigen Verhaltens im Dienst besonders belobigt worden. Wachtmeister Stoßno von der 1. Inspektion Neukölln gelang es, in der Nacht zum 20. Januar, als er sich außer Dienst in Zivil auf dem Heimweg befand, einen vorbestraften Mann, der Passanten mit einer geladenen Schußwaffe bedrohte, festzunehmen und unschädlich zu machen. Die Oberwachtmeister Gniech und Fleischmann vom 121. Revier ertappten in der Nacht zum 24. April zwei Einbrecher auf frischer Tat und nahmen ihnen das Einbruchswerkzeug sowie eine geladene Pistole und einen Dolch ab. In der gleichen Nacht kam es in der Gegend des Kreuzbergs zu politischen Schlägereien, denen durch das tatkräftige Eingreifen des Wachtmeisters Wilhelm, des Oberwachtmeisters Rosenberg vom 202. Revier und mehrerer Beamter einer Kraftwagenstreife des Stützpunktes des 202. Reviers, Oberwachtmeister Hilliges, Wachtmeister Grunow und Wachtmeister Schulze von der 4. Inspektion Kreuzberg, schnell ein Ende bereitet werden konnte. Die wenigen Schupos griffen in neun Fällen ein und brachten die Gegner radikaler Parteien auseinander. Sieben geladene Schußwaffen, Hieb- und Stichwaffen sowie staatsfeindliches Zersetzungsmaterial wurden beschlagnahmt. Schließlich fand noch das umsichtige Verhalten des Oberwachtmeisters Joachim Preuß von der 2. Inspektion Tiergarten besondere Anerkennung, der in Zivil einen Trupp von 20 Anhängern einer radikalen Partei, die Ausschreitungen gegen Passanten verübten, zerstreute und zwei Rädelsführer kurzerhand festnahm.

Muttermörder nach Lübeck zurück!

Der geisteskranke Muttermörder Ludwig Schöß, der am Dienstagvormittag dank der Geistesgegenwart der Tochter des Justizrats Guttmann bei einem Besuch in dessen Wohnung von Kommissar Draeger und seinen Beamten festgenommen werden konnte und der Polizei eine ausführliche Schilderung seines Verbrechens gab, ist noch am Dienstagabend auf Anfordern der Staatsanwaltschaft Lübeck nach dort transportiert worden. Die Ueberführung erfolgte in dem fahrplanmäßigen D-Zug, der um 18,18 Uhr vom Lehrter Bahnhof ab nach Lübeck—Kiel geht, und zwar in Begleitung von zwei Beamten der Berliner Kriminalpolizei in einem besonderen Abteil. Der Muttermörder, der sich vollkommen ruhig von den Beamten hatte festnehmen lassen, bewahrte diese Ruhe auch während der ganzen Vernehmung und des Transports zum Bahnhof. Von der Entscheidung der Lübecker Staatsanwaltschaft hängt es ab, in welcher Anstalt Schöß interniert wird.

Autobus stürzt in Straßengraben.

Prag, 7. Juni.

In Selz bei Prag kam es am Dienstag früh zu einem folgenschweren Autobusunglück. Ein Prager städtischer Autobus, der 29 Passagiere, meist Arbeiter, Beamte und Schulkinder mitführte, kam auf einer Serpentine ins Schleudern. In diesem Augenblick fuhr dem Autobus ein Pferdewagen entgegen. Bei dem Zusammenstoß stürzte der Autobus in den tiefen Straßengraben. Alle 29 Insassen wurden verletzt, drei davon schwer. Der Schaffner erlitt einen Schädelbruch. Der Chauffeur wurde verhaftet. Er erklärte, daß die Bremse versagte.

28

„Nicht wahr, Majestät", schließt der Komtur von Blaw seine Darlegungen, „das vom Heiligen Heiste erleuchtete Konzilium wird doch diesen heidnischen, schweinischen Hunden ihren eigenen Kot wieder einzulöffeln geben, notweis mit Gewalt, damit sie das zu dauen haben, was ihnen ihrer hündischen Natur halber zukommt?"

Der König nickt, als ob er voller Eifer dabei wäre.

Aber es ist in Wirklichkeit ein gedankenloses Nicken, genau so unverbindlich, wie das liebenswürdige gefrorene Lächeln, das um seine Lippen schwebt.

Ihn drücken zur Stunde andere Sorgen als diese Konflikte des Ordens mit Wilden und Halbwilden. Seine „heidnischen, schweinischen Hunde" sind Wechsler und Geldleiher, die ihm zusetzen und die ihn hetzen und pfetzen, als ob er nicht der römische König, sondern ein ganz gewöhnlicher Adliger wäre, jedem Gantgriff, jeder Gläubigerunverschämtheit erreichbar.

„Es will mir scheinen", sagt er, sich sammelnd, „als ob die Sache des Ordens hieb- und stichfest sei, und, wenn die Verträge und Bestätigungen, von denen die Rede war, beigebracht werden können, in allen Punkten unumstößlich begründet. Aber Komtur", hier zögert Sigmund einen Augenblick und nimmt seine ganze Unverschämtheit zusammen, „der Orden wird erfahren genug sein, zu wissen, daß es nichts schaden kann, auch die gerechteste Sache zu stützen. Es brauchen ja nicht gerade Pfeiler aus purem Golde zu sein . . ."

Der Komtur lächelt voll Verständnis, trotzdem er eigentlich schreien müßte; denn, überrascht durch das unerwartete Vorpreschen Sigmunds, hat er eine Bewegung gemacht, als ob er aufspringen wollte, und nun beißt ihn der Wolf, den er sich in Biberach ritt, millionenzähnig, da nützt auch die Hampfel frisches Nußlaub nicht, das er eingesteckt hat, um die räsen Dünste des Körpers zu dämpfen.

„Die Dokumente des Ordens sind alle in Ordnung, Majestät!" Dabei entfaltet er lächelnd, innerlich jedoch sein schieres Fleisch verfluchend, ein Pergament und reicht es dem König hinüber.

Es ist eine Anweisung auf achttausend Schildtaler, gezogen auf Johannes Ammerisi de Florentia, Wechsler zu Konstanz in Johann Widens Haus, zahlbar innert acht Tagen nach Erlaß eines Konzildekrets, das die Ansprüche von Ladislaus Jagiello, König von Polen und Alexander Witold, Großfürst von Litauen, wider den Deutschritterorden abweist.

Sigmund liest.

Zweimal liest er, dreimal. Sein kupferner Bart kommt ins Wallen.

„Ich muß ein Kompliment machen, Komtur! Der Orden hat Schreiber, die ungemein klar und überzeugend stilen können. Danach ist mir der Ausgang des Prozesses nicht zweifelhaft!"

Die Abmachung, die nun zwischen beiden folgt, braucht keines Zeugen Gegenwart, keine Niederschrift und auch kein Königs- und kein Ordenssiegel. Sie wird auch ohne diese Sicherheiten bis in den letzten Punkt hinein gehalten werden; denn es ist eine Abmachung zwischen zwei Ehrenmännern.

Höchlichst befriedigt verläßt der Komtur an der Spitze des stolzen Reiterzuges die Pfalz. „Besser allweil zum Schmied, als zum Schmiedlein!" denkt er. Diese halbe Stunde bei Sigmund hat ihm mindestens das Doppelte an Kosten und das Hundertfache an Zeit gespart, als wenn er den Weg von unten auf durch den Schranzenwall gemacht hätte.

Seine sonst harten, abweisenden Züge nehmen die Freundlichkeit und Verklärung eines Pfortenheiligen an. Jetzt hat er's den „heidnischen, schweinischen Hunden" gegeben! Rache für Tannenberg! Rache für alle die verzweifelten Treffen, in denen der Orden von der wölfischen Uebermacht zerrissen und zermetzelt worden ist! Diese heidnischen, schweinischen Hunde müssen sich daran gewöhnen: Es gibt noch andere Schlachtfelder, wo der Orden seinen Mann steht, nicht nur an den masurischen Sümpfen und Seen! Es gibt Kämpfe, die das Hirn schlägt, nicht das Schwert, und vielleicht sind diese Kämpfe die wichtigeren.

Der Komtur kehrt sich im Sattel und lächelt. Die zwanzig Ritter, die seine gute Laune sehen, lächeln mit.

Sigmund, vom Fenster aus ihr Abreiten betrachtend, lächelt genau so zufrieden wie die Weißmäntler mit dem dräuenden schwarzen Kreuze. Plötzlich bricht sein Lächeln ab. Er greift in die Tasche, in der er das kostbare Dokument verwahrt hat. Achttausend Schildtaler sind viel Geld; das will gehütet sein! Respekt vor der Leistungsfähigkeit des Ordens! Ohne Wimperzucken achttausend Schilter auf den Tisch des Hauses legen! Aber noch sind sie nicht sein. Es muß gearbeitet werden dafür. Von Natur aus ist er bequem. Doch, wenn es etwas zu erreichen gilt, das seinem eigenen Vorteil dient, etwas auszuführen, was seine Planungen stützt, ist er von einer nicht zu übertreffenden Rührigkeit. Das ist ein Reiz, der allen seinen politischen Handlungen zugrunde liegt, eine ungeheure Anspornung seines Willens, verbunden mit der seltsamen Freude, die Wirkung seiner Kniffe und Pfiffe anzuschauen, dieser füchsischen, luchsischen List, in der er seinen Zeitgenossen ein paar Nasenlängen voraus ist. Die Sache des Ordens zu führen, wird gar nicht schwierig sein. Er weiß schon jetzt, welchen Knochen er den Vätern hinhalten muß, um sie zum Zuschnappen zu bringen.

Ein Wermutstropfen fällt ihm in den Becher: Die Anweisung ist befristet. Er braucht das Geld aber sofort, spätestens morgen in aller Frühe. Die Reichsinsignien sind aus der Konstanzer Pfandkammer zu lösen; denn ohne Szepter und Reichsapfel kann er der Versammlung nicht präsidieren. Doch die Verwertung der Anweisung ist heikel. Nur ein Jude kommt dafür in Betracht, ein Jude oder ein Ordensritter, alle andern sind für ein solches Geschäft zu patschig und dalbig. Vielleicht kann ihm die Stadt einen vertrauenswürdigen Hebräer besorgen, na, es gibt sich ja Gelegenheit, nachher beim Bankett, mit Herrn Johann von Schwarzach darüber zu reden. Wie kann er die Sache auf die unverfänglichste Weise beim Bürgermeister anbringen? Sigmund tritt aus dem Fenster zurück und setzt sich wieder an den Tisch. Nachdenklich stützt er den Kopf in die Hand. Hundert Eindrücke kommen, aber kein brauchbarer Gedanke.

Unvermerkt döst Sigmund ein. Dieser fünfte Juli ist für ihn allzu anstrengend gewesen. Hundert Gräben waren zu nehmen, darunter der gefährliche Böhmengraben. Hundert Fußangeln waren zu vermeiden, hundert glänzend maskierte Fallgruben. Hundert Schlingen waren zu legen, hundert Angelhaken mit lebendem Köder zu werfen. Hundert Netze waren auszuhängen, hundert wirksame Leimruten. Hundert scheue Vögel waren zu locken. Hundert und aber hundert Fäden geschmeidigsten diplomatischen Garnes waren zu drehen. Dann der persönliche Stunk, der allerhand Nerven frißt, der Krach mit Barbara. Sigmund spürt das ankriechende Alter. Siebenundvierzig Jahre sind eben keine fünfundzwanzig mehr. Sein summendes, durcheinanderquirlendes Hirn hat eine kurze Ruhestunde wirklich verdient.

(Fortsetzung folgt.)

KPD. auf Elternfang.

Sie will die SPD. „entlarven" und entlarvt sich selber.

Die Vorbereitungen für die Elternbeiratswahlen sind in vollem Gange. In dieser Woche finden in den Schulen die amtlichen Elternversammlungen statt, in denen die Wahlvorstände gewählt werden. Die Kommunisten stellen die Elternbeiratswahl in den Dienst ihrer sogenannten „Einheitsfrontaktion". Ueberall versuchen sie besonderen Einfluß auf sozialdemokratische Eltern zu gewinnen. Wir sind in der Lage, aus den Anweisungen der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD. für die Elternbeiratswahlen folgendes zu veröffentlichen:

„Die Partei muß rasch die Voraussetzung schaffen, um unsere Schulpolitik und revolutionäre Eltern- und Pionierbewegung entschieden aus der bisherigen Isolierung und Unsystematik herauszuführen." Wo Elternbeiratswahlen auf der Tagesordnung stehen, müssen die Elternbeiratslisten auf breitester Grundlage in Massenversammlungen zustandekommen. Von den Kandidaten verlangen wir weder Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei noch Kirchenaustritt oder sofortige Abmeldung der Kinder vom Religionsunterricht. Wir nannten in den vergangenen Jahren unsere Listen zu den Elterbeiratswahlen „Proletarischer Schulkampf". Entsprechend der umfassenden Wendung unserer Parteiarbeit auf die Verwirklichung der roten Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei nennen wir in dieser Elternbeiratswahlkampagne unsere Liste „Rote Einheitsliste werktätiger Eltern". Unter Entlarvung der SPD.-Führer müssen wir die größten Anstrengungen zur Gewinnung der sozialdemokratischen Eltern für die rote Einheitsfront machen."

Mit diesen Anweisungen entlarven die Kommunisten sich selbst. Die „Einheitsfrontaktion" enthüllt sich wieder einmal als Täuschungsmanöver. Dieselben Kommunisten, die die weltlichen Schulen bekämpfen, mit der Begründung, daß nicht alle Lehrkräfte aus der Kirche ausgetreten sind, verzichten hier offiziell auf alle diese sonst von ihnen so radikal herausgeschrienen Forderungen, um mit unorganisierten, kirchlich gebundenen, noch nicht zum Klassenbewußtsein erwachten Eltern ihre Aktionen zu führen. Die sozialdemokratischen Eltern, geschult und kampfentschlossen, werden sich durch solche Einheitsfrontmanöver nicht täuschen lassen. Ein einziges Gelächter wird den Kommunisten entgegenschallen, wenn diese Anweisungen bekannt werden. Die sozialdemokratischen Eltern werden auch den Elternbeiratswahlkampf führen für die Erhaltung dessen, was die Sozialdemokratie in mehr als 10jähriger Tätigkeit auf dem Schulgebiet geschaffen hat. Die Parole heißt:

An jeder Schule unsere Liste: Schulaufbau!

Von einem Adler entführt.

Vierjähriges Mädchen bis zum Adlerhorst geschleppt.

Oslo, 7. Juni.

In Ytre (Namdal) war eine Familie mit ihrem vierjährigen Töchterchen zu einer Tauffeierlichkeit auf einem Bauernhof zu Besuch. Nachmittags hatte man sich ohne das Kind etwa 10 Minuten vom Hof entfernt. Als man zurückkam, war das kleine Mädchen verschwunden. Nach vier Stunden ergebnislosen Suchens wollte man schon alles aufgeben, bis einer der Bauern darauf hinwies, daß nachmittags, zur Zeit, als man den Hof verlassen hatte, ein Adler über dem Gehöft schwebte. Sofort ging man erneut auf die Suche, und nach vielen Stunden kurz vor Mitternacht fand man das Kind in einem fast unzugänglichen Hochgebirgsmoor in der Nähe des Adlerhorstes. Da das Kind an einer sehr steilen Stelle aufgefunden wurde, nimmt man an, daß der Adler nicht die Kraft gehabt habe, das etwa 18 Kilo schwere Kind mit in seinen Horst zu schleppen. Das Kind war, abgesehen von einigen Schrammen am Kopf, unverletzt. Solche Fälle haben sich in Norwegen schon öfter ereignet, aber nie ist es den Adlern gelungen, die Beute in ihr Nest zu schleppen.

Großes Fröbel-Kinderfest im Pestalozzi-Fröbel-Haus. Das Pestalozzi-Fröbel-Haus I, Berlin-Schöneberg, Karl-Schrader-Str. 8, veranstaltet am Sonnabend, dem 11. Juni, von 16—19 Uhr ein großes Fröbel-Kinderfest mit Belustigungen aller Art für die kleinen Gäste und behaglicher Teestube für die Großen.

Kundgebung der Bodenreformer. In einer öffentlichen Kundgebung im großen Saal Halle IV der Ausstellung „Licht, Luft und Sonne für Alle" spricht der bekannte Bodenreformer Damaschke Mittwoch, den 8. Juni, 17 Uhr, über „Danziger Bundestag und die Ausstellung".

Bahnhofspiraten.

„Berber" an der Arbeit. – Bahnhöfe als Tummelplätze der Gauner.

Rund um die großen Berliner Fernbahnhöfe entwickelt sich, besonders jetzt während der sommerlichen Reisezeit, ein überaus lebhaftes Bild. Der Uneingeweihte sieht nichts weiter als ein hastiges Kommen und Gehen, ein aufgeregtes Publikum, schimpfende Träger und Chauffeure. Aber es mischt sich da so allerhand Gelichter in die Menge, das Opfer sucht und auch häufig findet.

Hastig, aufgeregt, in nervöser Eile, ob mit oder ohne Grund, schreit oft der Reisende bei seiner Ankunft nach dem Gepäckträger. Er sieht meist nicht erst darauf hin, ob der auf ihn zustürzende Dienstbeflissene eine ordnungsmäßige Dienstkleidung, zumindest eine Mütze mit Nummernschild, trägt; ehe er sich's versieht, hat der Mann bereits das Gepäck geschultert und rennt im Eilschritt vor ihm her, so daß er Mühe hat, ihn einzuholen. Hat der gute Mann nun Pech gehabt, einem „wilden" Gepäckträger in die Hände zu geraten, dann hat er vor allem einen stark übertariflichen Trägerlohn zu berappen. Es gibt da eine Gruppe von etwa 20 Mann, die sich auf die jeweiligen Bahnhöfe verteilen und mit einem kaum zu überbietenden psychologischen Scharfblick samt der dazugehörigen Gerissenheit ihre Opfer zu finden wissen. Diese wilden Gepäckträger — „Berber" heißen sie in der „Polizeisprache" — haben ihre ganz bestimmten Taktiken. Da trägt einer beispielsweise dem Reisenden das Gepäck zum Ausgang, winkt, da er dessen gutgefüllte Brieftasche wittert, gleich ein Auto herbei und kassiert: 3,50 Mark. Höchst erstauntes Gesicht des Reisenden und die Frage: Wieso? Mit geschickter Redewendung sucht er dem Ahnungslosen plausibel zu machen, daß er der Besitzer des Wagens ist und daher den Fahrlohn gleich mitkassiert; ehe der andere die Sache verarbeitet hat, ist der Chauffeur, der bisher scheinbar taube Ohren bewies, losgefahren, und der Reisende ist nicht wenig entsetzt, als er, am Ziele angelangt, nochmals das Fahrgeld zu entrichten hat.

Die Berber wenden sich schon immer an die richtige Adresse, wo sie ihr Schwindelmanöver auch ausführen können, und die Opfer sind dann meist viel zu verdattert und erstarrt, um mit der nötigen Fixigkeit und Geistesgegenwart den Missetäter eventuell doch noch zu erwischen. Genau so schwer wie für das Opfer selbst ist es aber auch für die Beamten, dieser Bahnhofspiraten habhaft zu werden. Ganz unauffällig lungern sie bei den Bahnhofs- ein- und -ausgängen herum, markieren den biederen Gepäckträger, und man kann es ihnen naturgemäß nicht verwehren, sich ein paar Pfennige zu verdienen. Wie weit sie dabei das Erlaubte ihrer Forderung überschreiten, das lehrt dann eben ab und zu die Anzeige solch eines Geprellten, der damit stets viel zu spät und ohne jede Personalbeschreibung des Schwindlers ankommt. Da ist ihm dann nicht mehr zu helfen, meist erfolgen die Anzeigen auch noch schriftlich und enthalten nichts weiter als den kategorischen Imperativ, „den Gauner zu fassen". Ja, aber wie? Dem Gesicht nach sind den Beamten die Herrschaften meist bekannt, sie haben auch schon mit jedem von ihnen einmal eine kurze, aber eindringliche Konversation geführt und dabei heilige Schwüre und dreifache Ehrenwörter erhalten, daß es „nicht wieder vorkommen soll". Was davon zu halten ist, weiß man, zumal diese „Ehrenmänner" fast alle schon ein- oder mehrmals mit den schwedischen Gardinen Bekanntschaft gemacht haben.

Im allgemeinen werden die wilden Gepäckträger — es sind meist Arbeitslose, die ihre Unterstützung kassieren — bei dem Geschäft auch keine Millionäre. Ab und zu macht schon einer mal einen „guten Fang", das kann man daran erkennen, daß dann die ganze G. m. b. H. stockbesoffen ist und alles freihält, was ihr in den Weg kommt. Einer oder der andere hat sich aber im Laufe der Jahre — vielfach sind sie 8, 10 und 12 Jahre bei dem „Geschäft" — doch schon gesund gemacht, er hat eine große Wohnung, möglichst wieder in einer Bahnhofsgegend, aus der er dann in seiner gewohnten Art Kapital zu schlagen versteht.

Noch einmal Leopard Nanosch.

Es bleibt bei dem Urteil erster Instanz.

Der Kunstmaler Othegraven hat sich mit dem Urteil der ersten Instanz — ein Jahr Gefängnis wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung — nicht zufrieden gegeben. Er war nach wie vor der Ansicht, daß nicht durch sein Verschulden sein Leopard Nanosch das zweijährige Töchterlein der Portierleute getötet habe, sondern daß es ein Unglücksfall gewesen sei. Deshalb hatte er Berufung eingelegt, die vor dem Landgericht II verhandelt wurde.

Zum Beweise dafür, daß sein Raubtier ausreichend gefesselt war, hatte er den Vater des Dompteurs geladen, bei dem er nach dem „Unglücksfall" seinen Nanosch untergebracht hatte, außer diesem noch einen zweiten Sachverständigen. Vom Gericht aus war als Sachverständiger der Direktor des Zoologischen Gartens Dr. Lutz Heck anwesend. Alle drei Sachverständigen waren eigentlich der gleichen Ansicht, daß es überhaupt keine Fessel gebe, die imstande wäre, der Sprungkraft eines wütenden Raubtieres zu widerstehen. Dr. Lutz Heck fand für die Psychologie des Herrn Othegraven eine ganz einfache Erklärung: Othegraven habe den Nanosch großgezogen, er war für ihn immer noch das kleine nette Leopardchen, während er in Wirklichkeit ein ausgewachsenes Raubtier geworden war. Othegraven war eben in das Tier verliebt. Und ganz so wie sich ein Mann seine Verliebtheit in eine Frau nicht ausreden läßt, mag sie für ihn noch so gefährlich sein, so hörte auch Othegraven nicht auf alle Warnungen; er war eben von seiner Liebe geblendet.

Die Strafkammer verwarf die Berufung des Angeklagten auf dessen Kosten und bestätigte damit das erstinstanzliche Urteil, jedoch wurde Othegraven nach Verbüßung von vier Monaten der Strafe für den Rest dreijährige Bewährungsfrist zugebilligt.

Wetteraussichten für Berlin: Vorübergehend etwas wärmer, teils heiter, teils wolkig, einzelne Regenschauer, westliche Winde. — **Für Deutschland:** Im Südwesten langsame Wiedererwärmung, keine nennenswerte Niederschläge und vielfach heiter; im übrigen Reiche teils heiter, teils wolkig und besonders im Küstengebiet einzelne Schauer.

Die Besichtigung des Do X.

Die Dornier-Metallbauten teilen mit, daß die Besichtigung des Do X jetzt dadurch erleichtert wurde, daß die Dampfergesellschaft Bauer am Liegeplatz des Do X am Restaurant Rübezahl einen neuen Anlegesteg gebaut hat, so daß auch vom Müggelpark in Friedrichshagen die Ueberfahrt zum Do X stattfinden kann. Außerdem fahren von der Schillingsbrücke aus ab 10 Uhr vormittags alle zwei Stunden Salondampfer direkt zum Restaurant Rübezahl. Besichtigungskarten sind an der Fahrkartenausgabe der Dampfer erhältlich.

Die älteste Frau Deutschlands.

Freiburg i. Br., 7. Juni. (Eigenbericht.)

In der Schwarzwaldgemeinde Lenzkirchen konnte gestern Frau Marie Schöpperle ihren 104. Geburtstag begehen. Sie dürfte damit die älteste Frau Deutschlands sein. Von ihren sechs Kindern leben noch drei. Außerdem hat die für ihr hohes Alter noch rüstige Greisin 17 Enkel und 34 Urenkel.

Schupokonzert im Hufeland-Hospital.

Vom strahlenden Sonnenschein umflossen liegt der Platz vor dem hellen Gebäude. In Doppelreihen sitzt die andächtig lauschende Schar der Kranken. Auch die Gelähmten hat man in Rollstühlen dorthin gefahren. — Alle Gesichter spiegeln freudige Bewegtheit wider. Den Höhepunkt der Stimmung bringt der Walzer „Mondnacht auf der Alster". Da schaukelten Männlein und Weiblein im uralten Rhythmus verschwundener Zeiten. In einer stilleren Ecke hat ein Dreiundachtzigjähriger ein Mütterchen engagiert und walzt in Pantoffeln holpernd und schwankend mit.

Todesopfer einer Benzinexplosion.

Bei einer Benzinexplosion, die sich in der Schlosserei des Kaiser-Wilhelm-Instituts ereignete, wurde der 17 Jahre alte Schlosserlehrling Gerhard Flügge aus der Friedrichstraße in Lichterfelde so schwer verletzt, daß er ins Stubenrauchkrankenhaus gebracht werden mußte. Der junge Lehrling ist in der Nacht seinen Verletzungen erlegen.

Warnung für Badende!

Zum Wohle der Allgemeinheit möchte auch in diesem Jahre das Wasserbauamt Köpenick es nicht unterlassen, in Erinnerung zu bringen, daß gerade die östlichen Gewässer in der näheren Umgebung von Berlin für Badende ernste Gefahren bergen durch plötzlich steil abfallende Ufer, Morast und Schlingpflanzen, so daß auch der geübteste Schwimmer sich in Gefahr begibt, wenn er außerhalb der von Gemeinden und Behörden besonders hergerichteten Badestellen badet. Als solche seien besonders genannt: das städtische Freibad am Ufer des Müggelsees bei Rahnsdorf, das städtische Freibad bei Grünau in der Wendischen Spree, die städtische Badeanstalt in Köpenick, Wendenschloß, das städtische Freibad in Oberschöneweide am rechten Ufer der Treptower Spree, das Freibad Adlershof am linken Ufer der Treptower Spree.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 1. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Voranzeige!

11. Kreis. Montag, 13. Juni, 20 Uhr, im Gesellschaftshaus des Westens, Hauptstraße 30, Kreismitgliederversammlung.

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

13. Kreis. Donnerstag, 9. Juni, Treffpunkt 6¼ Uhr Bahnhof Tempelhof zur Erwerbslosenfahrt. Bei schlechtem Wetter treffen wir uns im Heim Tempelhof.

15., 16. und 17. Kreis. Die Genossinnen und Genossen, deren Kinder die Dorotheen- und Körnerschule besuchen, werden zu einer Besprechung am Donnerstag, dem 9. Juni, nach der Schleßstr. 27 gebeten.

20. Kreis. Donnerstag, 9. Juni, 15 Uhr, Zusammenkünfte erwerbsloser Parteimitglieder an folgenden Stellen: Tegel und Wittenau im Reichsbannerbootshaus Tegel, bei Regen im Saal. Referent: Curt Biging. Reinickendorf-Ost in der Schule Hoppestraße. Referent: Hans Marx. Reinickendorf-West Außenspielplatz. Referent: Dr. Gerhard Luckow.

48. Abt. Freitag, 10. Juni, 20 Uhr, bei Keusner, Hagelberger Str. 26a, Funktionärsitzung.

75. Abt. Sonnabend, 11. Juni, 20 Uhr, im Lindenhof Mitgliederversammlung. „Abrüstung." Referent: Dr. Hans Hartmann.

81. Abt. Heute, 20 Uhr, Zahlabende: 1. bis 3. Bezirk bei Klabe, Handjerystraße 60–61, 4. und 5. Bezirk bei Baginski, Taunusstr. 7. 6. Bezirk bei Lehmann, Büsingstraße. In allen Bezirken: Politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse.

88. Abt. Freitag, 10. Juni, 20 Uhr, in der Schule Roonstraße Elternversammlung. Elternbeiratswahlen und die Kinderfreundebewegung. Referent: Rektor F. Hoffmann.

100. Abt. Heute Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Pichtameyer.

120. Abt. Heute, 20 Uhr, bei Tempel, Prinzenallee 45, Mitgliederversammlung. Referent: Polizeipräsident Genosse Grzesinski.

134. Abt. Heute Zahlabend bei Göpfert. Referent: Genosse Schleuß.

137. Abt. Heute Zahlabende: Schade, Berliner Straße. Tornow, Schlieper- Ecke Treskowstraße. Lyzeum Steinbergstraße.

Frauenveranstaltung.

7. Kreis. Freitag, 10. Juni, 20 Uhr, Funktionärinnensitzung im Jugendheim.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Die Teilnehmer des **Nestfaltenbastelkurses** treffen sich Donnerstag, 9. Juni, 9½ Uhr, in der Geschäftsstelle Lindenstr. 2.

Vorstandssitzung mit dem Zeltlagerausschuß Freitag, 20 Uhr, in der Geschäftsstelle Lindenstr. 2.

Der Flötenkursus muß der Zeltlagersitzung wegen ausfallen. Nächste Zusammenkunft nach dem Zeltlager.

Kreuzberg. Die Lagergemeinschaften tagen heute, 18 Uhr, an bekannter Stelle. Abt. Vorwärts: Nestfalken Sonntag, 12. Juni, Fahrt nach Friedrichshagen. Treffen 7½ Uhr Rote Ecke. 30 Pf. und Essen mitbringen.

Treptow. Die Gruppenleiter müssen die Teilnehmer des Zelt- und Nestfalkenlagers bis Donnerstag dem Kreisleiter melden. Abt. Lauro de Bosis: Donnerstag, 9. Juni, 19½ Uhr, Elternversammlung im „Vorwärts", Graetzstraße 50.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

14. Abt. Am 5. Juni verstarb unser alter Genosse Paul Lauritzen, Putbusser Str. 11. Ehre seinem Andenken. Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 9. Juni, 19 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. Um rege Beteiligung wird gebeten.

24a. Abt. Infolge Herzschlags verschied plötzlich im 65. Lebensjahre Genosse Albert Engler, Grellstr. 13. Ehre seinem Andenken. Beerdigung Mittwoch, 8. Juni, 16 Uhr, in Reinickendorf, St.-Hedwigs-Kirchhof, Berliner Str. 24–28.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, vorn 1 Treppe rechts.

Achtung, SJG.-Leiter! Das Flugblatt ist umgehend abzuholen.

Achtung, Abteilungsleiter! Zum Rast am Sonntag, dem 26. Juni, im Grunewald-Stadion sind Eintrittskarten gegen sofortige Bezahlung (30 Pf.) im Sekretariat erhältlich. Die Erwerbslosenfragebogen und das Juliprogramm (nur einseitig beschreiben und Referenten bestellen) sind sofort abzugeben.

Heute, Mittwoch, 8. Juni, 19½ Uhr:

Gesundbrunnen (R.-F.): Koloniestr. 8. Arbeiterführer. — **Humannplatz:** Spielen auf dem „Exer". — **Andreasplatz** (R.-F.): Turnen im Friedrichshain. — **Ballenplatz:** Sportplatz Friedrichshain. — **Spandau:** Lindenufer 1. Sport und Arbeitersport. — **Lichtenrade:** Roonstraße. Mitgliederversammlung. — **Tempelhof:** Lyzeum Götzstraße (Hof, Keller). Sozialistische Jugenderziehung. — **Adlershof:** Bismarckstr. 1. Bunter Abend. — **Bohnsdorf:** Besuch der Gruppe Zeuthen. — **Falkenberg:** Außenspiele. — **Friedrichshagen:** Friedrichstr. 87. Matteotti-Gedenkfeier. — **Kaulsdorf:** Besuch des Zahlabends der Partei. — **Lichtenberg-Mitte:** Besuch des Zahlabends der Partei. — **Neu-Lichtenberg:** Besuch des Zahlabends der Partei. — **Lichtenberg-Nord:** Besuch des Zahlabends der Partei. — **Mahlsdorf:** Melanchthonstr. 63. Lustiger Schallplattenabend. — **Reinickendorf-West:** Seidelstr. 1. Kampfliederabend. — **Pankow** (R.-F.): Besuch des Zahlabends der Partei. Treffpunkt 19½ Uhr Marktplatz.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Vorsitzendenkursus 20 Uhr Sonnenburger Straße 20. Alle 1. und 2. Vorsitzenden müssen erscheinen. Mitgliedsbuch mitbringen. — Spieltruppe: 20 Uhr Probe bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.

Werbebezirk Neukölln: Sprechstunde 18 bis 19½ Uhr Ganghoferstraße. Abrechnungen vornehmen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37–38, Hof 2 Tr.

Wedding (Ortsverein). Donnerstag, 9. Juni, 10 Uhr, treffen sich die erwerbslosen Kameraden über 18 Jahre zum Arbeitsdienst bei Neukner, Seestr. 62. — **Schöneberg-Friedenau.** Kameradschaft Insel. Freitag, 10. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Holl, Siegfriedstr. 9. Referent: Kamerad Salingré: Die Politik der neuen Regierung und ihre Auswirkung. — **Reinickendorf.** Kameradschaft Freie Scholle. Freitag, 10. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Schollenkrug. Referent: Kamerad Blen. — **Kreuzberg.** Zur Vollversammlung am Donnerstag, dem 9. Juni, erscheint der Vortrupp eine halbe Stunde vor Beginn.

Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands, Gau Groß-Berlin. Geschäftsstelle: Berlin-Schöneberg, Kaiser-Friedrich-Str. 9, III. Mittwoch, 8. Juni. Schöneberg: Lokal Groß, Kaiser-Friedrich-Str. 9, 17 Uhr. — Charlottenburg: Lokal Bräustübl, Kurfürstenstraße Ecke Kurfürstendamm, 19 Uhr.

Deutsche Landsmannschaft der Provinz Posen, Groß-Berlin, e. V. Monatssitzung Donnerstag, 9. Juni, 20½ Uhr, in der Kindl-Brauerei, Berlin-Neukölln, Hermannstr. 214–219. Vortrag des Landsmanns Herrn Sachnieß über: „Die Bekämpfung der Wirtschaftsnot als Aufgabe der Notgemeinschaft Arbeit Heimat e. V."

Polizei-Sport-Verein Berlin e. V., Abt. Einheitskurzschrift. Regelmäßige Uebungsabende an allen Wochentagen außer Sonnabends von 19½ bis 21½ Uhr im Polizeischulgebäude, Hannoversche Str. 28–30, 2. Stock, Zimmer 10. Anfänger-, Fortbildungs- und Redeschriftkurse. Auch für Frauen.

Longfellow English Debating Club, Bülowstr. 104. Heute abend, 8¼ Uhr, Miß Emmy Heilbrun sowie Mr Mahnert: Dialogue on Miscellaneous Subjects". Gäste willkommen.

Ueber die Wirkung der Arbeiterbewegung auf die Einzelpersönlichkeit spricht der Untersekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Georg Stolz in der Individualpsychologischen Gruppe am Montag, dem 13. Juni, 20 Uhr, im Klubhaus am Knie, Berliner Str. 27. Gäste sind willkommen.

Eine Wanderung durch das Stadtgut Hobrechtsfelde veranstaltet das Bezirksamt Schöneberg am Sonntag, dem 12. Juni. Gleichzeitig sollen die städtischen Fleischwerke am Ort besichtigt werden. Treffen um 9 Uhr am Ausgange des Bahnhofs in Buch. Gemeinsame Wanderung bis Hobrechtsfelde, etwa 45 Minuten. Teilnahme 25 Pf. (ohne Fahrgeld).

Am Montag vormittag verstarb im 64. Lebensjahre ganz unerwartet meine liebe Gattin, unsere herzensgute Mutter

Minna Sucker

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen **Alwin Sucker**

Berlin SO., Reichenberger Str. 144.

Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 9. Juni, nachm. 16¾ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeige

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Werkzeugmacher

Willi Lehmann

am 5. Juni gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 9. Juni, nachmittags ½5 Uhr, von der Halle des Neuen Mariendorfer Friedhofes, Rixdorfer Weg, aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Zinkgießer

Hermann Wiedemann

am 6. Juni gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 10. Juni, nachmittags ¾4 Uhr, von der Halle des Gemeindefriedhofes Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Former

Gustav Richter

am 6. Juni gestorben ist.

Die Einäscherung findet am Freitag, dem 10. Juni, abends 7 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Danksagung

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Vaters

Max Kastner

sage ich allen Verwandten und Bekannten sowie den Verbandskollegen und Parteigenossen meinen herzlichsten Dank.

Florentine Kastner als Tochter

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange meines lieben Mannes und guten Vaters

Walter Hensel

sagen wir allen, die dem teuren Entschlafenen das letzte Geleit gegeben haben, unseren herzlichsten Dank.

Ww. Anna Hensel u. Sohn.

Möbel-Fabrik Birke
E. Gen. m. b. H. Berlin, Boxhagener Str. 117
Laut Beschluß der Generalversammlung vom 24. April 1932 wird die Haftsumme eines jeden Genossen von Mk. 2000,— auf 300 Reichsmark herabgesetzt, die Gläubiger werden hiermit aufgefordert, sich beim Vorstand zu melden. Der Vorstand
Hermann Weise, Karl Gebhardt

Original - Befema
Patentmatratzen / Ruhebetten
Couchs mit Befema-Federung
Patent-Drehbett (D.R.P.) ein Griff — ein Bett, sowie das neue Holzbett mit Befema-Federung sind vollkommen geräuschlos! — Kein Einlegen. Für schwerste Belastung. Ueberall erhältl. 20 Jahre Garantie.
Berl. Federmatratz.-Fabrik, Koppenstr. 31

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater
Mittwoch, den 8. Juni
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr
Ariadne auf Naxos

Staatl. Schauspielhaus	Schiller-Theater
Gendarmenmarkt	Charlottenburg
20 Uhr	20 Uhr
Der Liebestrank	Abschied von der Liebe

SCALA
Tägl. 5 u. 8¼ Uhr
Fernande Linder
2 Baron, W. Rasen usw.

Städt. Oper
Charlottenburg
Bismarckstraße 34
Mittwoch, 8. Juni
Turnus II
Die Entführung aus dem Serail
Callam, Pfahl, Fidesser, Kandl, Gombert, Reiff u. G.
Anfang 20 Uhr
Ende geg. 22,45 Uhr

PLAZA
Hilde Schlee. Rbf.
5 u. 8¼. Stpr. 2,5,8¼ U.
E 7 Weichs. 4031
Die Fledermaus.

Heute letzter Tag!
Kuhle Wampe
Wem gehört die Welt
EIN TONFILM von Brecht u. Ottwalt
Täglich 7, 9¼
ATRIUM
KAISERALLEE, Ecke Berliner Straße
Vorverkauf 11-2 und ab 5 Uhr. H 1 2460.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8¼ Uhr
Die goldene Uhr
Volksstück von E. Szep
Regie: A. M. Rabenalt

Staatl. Schiller-Theater
8 Uhr
Abschied von der Liebe

Deutsches Theater
Die 8¼ Uhr
Journalisten
Lustsp. nach Gustav Freytag von Felix Joachimson
Musik: Theo Mackeben
Regie: Heinz Hilpert

Rose - Theater
Große Frankfurter Straße 132
Tel. Weichsel E 7 3432
8.30 Uhr
Weekend im Paradies
Gartenbühne
8.30 Uhr
Konzert u. Variété
Zigeunerliebe

Lessing - Theater
Täglich 8¼ Uhr
Madonna wo bist Du?
Erika v. Thellmann, Luise Stössel, Theodor Loos, Josef Wedorn

Blumenspenden
jeder Art liefert preiswert
Paul Golletz
vormals Robert Mayer
Mariannenstr. 5
F 8, Oberbaum 1303

Haus Vaterland
Potsdamer Platz
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
Betrieb Kempinski

Winter Garten
8 Uhr 15. Flora 3434. Rauchen erl.
Paul Graetz. Peter Sachse. Jenny & Piccolo. Crocers & Crocers usw.

Heute Mittwoch 3½
GRUNEWALD
PODBIELSKI - RENNEN

Erfinder — Vorwärtsstrebende
Hohe Geld-Belohnung
Näheres kostenlos durch F. Erdmann & Co., Berlin SW 11.

Sparen? — Ja aber dann Lindcar fahren!
Räder ab 62,- RM, ab Mod. 40 Raten 2,- RM. — ohne Anzahlung
Lindcar-Filialen SW, Alte Jakobstraße 148—155, SO, Engelufer 31

Die große Funkillustrierte für das schaffende Volk
VOLKSFUNK
Reich illustrierter Textteil, mit großem Europaprogramm
Erscheint wöchentlich, 48 Seiten stark, in Kupfertiefdruck
VOLKSFUNK
Einzelnummer 25 Pfennig — monatlich 90 Pfennig

KONSUM
GENOSSENSCHAFT BERLIN U. UMGEGEND E. G. M. B. H.

Sportkonserven
zum Wandern und Reisen:

GEG-Schweinsohren in Gelee	Dose	55 Pf.
GEG-Eisbein mit Sauerkraut	Dose	85 Pf.
GEG-Schweinepfötchen u. Ohren m. Kraut	Dose	60 Pf.
GEG-Erbsen mit Speck	Dose	75 Pf.
GEG-Weiße Bohnen mit Speck	Dose	75 Pf.
GEG-Linsen mit Rauchfleisch	Dose	75 Pf.
GEG-Rindsgoulasch	Dose	105 Pf.
GEG-Thüringer Blutwurst	Dose	50 Pf.
GEG-Feine Leberwurst	Dose	45 Pf.

Billig und nahrhaft:

GEG-Schnittnudeln	Pfd.	38 Pf.
GEG-Makkaroni	Pfd.	40 Pf.
GEG-Suppeneinlagen	Pfd.	48 Pf.
GEG-Fadennudeln in Locken	Pfd.	44 Pf.

Dazu:

GEG-Backpflaumen 50/60er	Pfd.	34 Pf.
GEG-Mischobst	Pfd.	40 Pf.
GEG-Aprikosen	Pfd.	64 Pf.

Weiße Speisekartoffeln	10 Pfd.	25 Pf.
Rote Speisekartoffeln	10 Pfd.	28 Pf.
Gelbfleisch. Speisekartoffeln	10 Pfd.	36 Pf.

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 10 Pf. Fettgedrucktes Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte) (Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für 2 Worte)

Annahme durch den Verlag, Lindenstr. 3 (½9—5 Uhr) sämtl. „Vorwärts"-Filialen u. -Ausgabestellen, sowie alle Annoncen-Expeditionen

Verkäufe

Kachherde jeder Art u. Größe. Riesenauswahl, Teilzahlung, transportable Kachelöfen, Badewannen-Oefen, Kesselöfen. Die alte Firma Gemmler u. Blenberg, Dresdenerstraße 99. Jannowitz F 7 6631.

Linoleum Szillat, Kolonnestraße 9.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Leihhaus Lewicki verkauft zu unglaublich billigen Preisen wenig getragene sowie neue Herrengarderobe, Herren- u. Damenpelze. Weitester Weg lohnt. Keine Lombardware. Prinzenstraße 105, eine Treppe.

Hosen für Zimmerer und Maurer. Wilhelm Pahr, Brunnenstraße 78.

Möbel

Schlafzimmer 250,— bis 1100,—, Dielengarnitur 19,— bis 95,—. Kamerling, Kastanienallee 56 (Ecke Fehrbelliner Straße).

Das ist wirklich sensationell! Ich verkaufe: Rohrstühle 2,80; Korbsessel 2,—; Tische 3,—; Nachttische 8,—; Nußbaumtische 8,—; Metallbetten mit Drellauflage 15,—; Vertikows 15,—; Wäscheschränke 25,—; Waschtoiletten mit Marmor 45,—; einen Posten Schlafzimmer, zurückgenommene, 190,—. Extra-Angebote in Schlafzimmern, Speisezimmern und Herrenzimmern, alles zu halben Preisen. Schrager, Kastanienallee 40. Im Hofgebäude.

Polsterstühle 4,50, Armlehnsessel, Tische, billig. Ratenzahlung. Stuhlfabrik, Große Frankfurter Str. 10.

Patentmatratzen „Triumfluma" Metallbetten, Auflegematratzen. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Kein Laden.

Musikinstrumente

Pianos. Mietpianos überaus preiswert. Pianofabrik Dinf, Brunnenstraße 35.

Spottbillige Markenpianos Gelegenheiten. Lehmann, Klavierbauer, Alexanderstraße 37.

Mietpianos, Gelegenheiten, 125,—. Bahrt, Hauptstr. 1, Schöneberg.

Radio

Radioanlagen, alle Marken auf kleinste Monatsraten, unverbindliche Vorführungen. Szillat, Dresdenerstraße 99, kein Laden. Teleph.: Jannowitz 0435.

Nähmaschinen

Fabrikneue Schranknähmaschinen 175,— versenkbar 140,—, Kastenmaschine 120,—, fünfjährige Garantie. Markusstr. 22.

Fahrräder

Gebrauchte Freilaufräder 15,—, 20,—. Werner, Adalbertstraße 9, Kottbusser Tor.

Garten, Laube und Balkon

Drahtzäune, Drahtgeflechte, sehr billig. Wadernugel, jetzt Niederschönhausen, Blankenburgerstraße 16.

Pumpen, Filter, Röhren, Schläuche, Armaturen, Speisepumpen komplett ab 22,50, Saugepumpen ab 10,—, Beregnungsdüsen ab 2,50, Gartenspritzen ab 2,—, Erdbohrer leihweise. Pumpen-Vertrieb, Markgrafenstraße 78 (Nähe Linden-Markthalle). Telephon Dönhoff 6197.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, Zinnmetalle, Silberschmelze, Goldschmelzerei, Christionat, Köpenickerstraße 29, Haltestelle Adalbertstraße.

Vermietungen

Neubauwohnung, Zimmer, Küche, Korridor, gemeinsames Bad, 38,— 1½ Zimmer, Bad, Balkon, 54,—, 2 Zimmer 60,—, 2½ Zimmer 68,— Mark sofort. Friedrichsfelde, Delbrückstraße 17.

15,— Treptow, sonnige Stube, Küche. Haupert, Manbachufer 4.

22,— Parknähe, 1½-Zimmerwohnung. Haupert, Manbachufer 4.

44,— bildschöne Zweizimmer-Babwohnung. Haupert, Manbachufer 4.

Ran an Papens Wohlfahrtsstaat!

Ran an Papens Futterkrippe! — Die Wünsche des Reichslandbundes.

Der Reichslandbund, eine der vornehmsten Stützen des Adelskabinetts, hat seine ersten Forderungen bei dem neuen Reichsernährungsminister, dem Freiherrn v. Braun, angemeldet. Es handelt sich um personelle und materielle Forderungen. In der Regierungserklärung hat das neue Kabinett die Stirn zu der Behauptung gehabt, das Reich wäre in den letzten Jahren zur „Wohlfahrtsanstalt" für das ganze Volk geworden. Wir können nur sagen, wenn das Reich die Forderungen des Reichslandbundes schluckt, dann wird das ganze Reich eine

Wohlfahrtsanstalt für die Großagrarier.

Materiell fordert der Reichslandbund die Erhöhung des Butterzolls von 45 bzw. 70 auf 100 Mark pro Doppelzentner. Das will bedeuten, daß überhaupt keine ausländische Butter mehr nach Deutschland eingeführt werden kann. Getroffen wird davon in erster Linie die billige ausländische Butter, die man in Deutschland als Backbutter gebraucht. Schon bei den gegenwärtigen Zollsätzen fehlt diese Backbutter in Deutschland. Sie kann auch bei uns so billig, daß sie zum Backen zu benutzen ist, nicht hergestellt werden. Andererseits wird die Landwirtschaft von einem Butterzoll von 100 Mark pro Doppelzentner nichts haben. Die bisherige Entwicklung der Butterpreise hat gezeigt, daß die Preise nicht vom Zoll, sondern von der Kaufkraft der Massen abhängen.

Weiter fordert der Reichslandbund ein Südfrüchtemonopol. Mit diesem Südfrüchtemonopol haben die Nazis monatelang ihre Agitation unter den Gärtnern bestritten. Der Gedanke ist eine Kateridee. Südfrüchte werden nämlich nach Deutschland in einer Zeit eingeführt, wo bei uns kein Obst erzeugt werden kann. Ein Südfrüchtemonopol würde nur einer Aushungerung der breiten Bevölkerungskreise dienen und müßte schlimme Auswirkungen auf den allgemeinen Gesundheitszustand des deutschen Volkes haben.

Die personellen Forderungen des Reichslandbundes

erstrecken sich in erster Linie auf die Besetzung der Staatssekretärstelle im Reichsernährungsministerium. Hier offenbart sich so recht die Futterkrippenpolitik des Reichslandbundes. Der Reichslandbund hat für den Staatssekretär im Reichsernährungsministerium den Direktor Sieburg vom Reichslandbund vorgeschlagen.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle hören, will der Reichslandbund Herrn Sieburg möglichst schnell loswerden. Der Reichslandbund beschäftigt nämlich überflüssigerweise drei Direktoren, neben Herrn Sieburg einen Herrn v. Kriegsheim und den bekannten Herrn v. Sybel, der bei der letzten Reichstagswahl auf der Landvolkliste gewählt wurde und einige Tage später zur Nationalsozialistischen Partei desertierte. Jeder dieser drei Direktoren erhält ein sehr hohes Gehalt. Das Gehalt soll höher sein als das des deutschen Reichskanzlers. Der Reichslandbund sucht hier die notwendige finanzielle Entlastung und für Herrn Sieburg eine geeignete Futterkrippe, obwohl er weiß, daß Sieburg nicht die notwendigen Qualitäten hat, um die Staatssekretärstelle im Reichsernährungsministerium auszufüllen.

Wie es um die Eignung des Herrn Sieburg steht, geht wohl am besten daraus hervor, daß der gegenwärtige Reichsernährungsminister v. Braun den Herrn Sieburg nicht haben will. Die Herren kennen sich seit längerer Zeit und der Reichsernährungsminister wird wissen, weshalb er sich gegen den Vorschlag des Reichslandbundes und gegen Herrn Sieburg ablehnend verhält. Der Reichsernährungsminister will den bisherigen Ministerialdirektor Moritz zum Staatssekretär machen.

Die Tagung der Konsumvereine.

Für 125 Millionen direkte Einkäufe von landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Gestern hatte der 29. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine seine erste Arbeitstagung. Das Vorstandsmitglied Wolfrath Klepzig sprach zunächst über die Entwicklung und den Stand der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung.

Mehr als zehn Millionen Volksgenossen

werden heute von den Vereinen des Zentralverbandes erfaßt. Wäre das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder nicht so überaus stark ausgeprägt, so hätten die Vereine in der Jetztzeit sicherlich mit einem großen Mitgliederverlust zu rechnen. Aber in der Not rücken die organisierten Verbraucher erst recht zusammen. Der Referent gab sodann die von uns schon mehrfach mitgeteilten Entwicklungsziffern der letzten Jahre. Der Barzahlungsgrundsatz wird hochgehalten. Es gehe dadurch zwar ein Teil des Umsatzes verloren, weil die Inanspruchnahme von Kredit immer unvermeidlicher werde, aber die Konsumvereine wollen sich auf eine fragwürdige Umsatzvermehrung nicht einlassen. Die übermäßigen Sparabhebungen haben in der letzten Zeit sehr nachgelassen, woraus sich ergibt, daß die Zuversicht der genossenschaftlichen Sparer und das Vertrauen in die genossenschaftliche Leitung ungebrochen ist. Das ist um so berechtigter, als die Flüssighaltung der Spargelder immer weit über jene der öffentlichen Sparkassen noch hinausragte.

An der Gefährdung des Mittelstandes liegt den Konsumgenossenschaften nichts.

Aber sie wollen in freiem Wettbewerb mit größerer Leistungsfähigkeit ihren Wirtschaftsbereich ausdehnen dürfen. Sie waren auch niemals Feinde der Landwirtschaft und haben seit vielen Jahren die engste Zusammenarbeit mit dem landwirtschaftlichen Erzeuger angestrebt. Die Konsumgenossenschaften haben den Einzelhandel zu einer für den Verbraucher günstigeren Preisbemessung genötigt. Einen Zwang zur Einschränkung der Zahl der Handelsbetriebe lehnen sie ab. Die gegenwärtige wirtschaftliche Weltkatastrophe beeinträchtigt zwar die Arbeit und schwächt den Vorwärtsdrang der Konsumgenossenschaftsbewegung, ihre Lebenskraft aber kann durch den Krisensturm nicht gebrochen werden.

Darauf hielt das Vorstandsmitglied Hugo Bästlein ein großzügiges wirtschaftspolitisches Referat. Dieses Referat war eine einzige Anklage gegen die in Deutschland

üblich gewordene Ausbeutung und Unterdrückung des freien und organisierten Verbrauchers.

Die Erhöhung der Umsatzsteuer mit der Ausnahmezusatzsteuer bei den Großbetrieben habe in den Konsumvereinen gerade die Arbeitslosen getroffen, die die Sonderumsatzsteuer auch noch für das Stück Brot zahlen müssen, das sie kaufen können. Dabei zahlen die Konsumvereine — die Behauptung von ihrer Steuerfreiheit ist unerhörter Schwindel — sehr erhebliche Steuerbeträge. Die angeschlossenen Genossenschaften haben 1929 20 Millionen, 1930 rund 27 Millionen und 1931 rund 32 Millionen Steuern gezahlt. Nach wie vor ist das Unrecht festzustellen, daß zwar der Sparrabatt des Handels körperschaftssteuerfrei ist, nicht aber der Sparrabatt der Konsumgenossenschaften. In Thüringen hat man den Konsumvereinen eine Sondergewerbesteuer abgenommen, und die armen Mitglieder aus dem Thüringer Wald, denen vor Hunger die Knochen knacken, haben dafür im letzten Jahre 350 000 Mark gezahlt.

Die Zollerhöhungen, in erster Linie für Getreide, haben den Brotbäckereien der Konsumvereine im Jahre 1932 2 Millionen Mark Verluste gebracht. Die Zölle für Margarine-Rohstoffe sollen erhöht werden, so daß die Kinder der Erwerbslosen nicht einmal mehr Margarine aufs Brot bekommen können. Die Einfuhr von Gefrierfleisch sollte nach einem Reichstagsbeschluß wieder zugelassen werden. Der Reichsrat hat die Genehmigung versagt.

Es gibt auch wieder Zollgrenzen in Deutschland.

Bayern hat als Finanzmaßnahme eine Sonderabgabe auf die Einfuhr von Fleisch beschlossen. Dasselbe hat Sachsen getan.

Sehr bemerkenswert war die Bekanntgabe der Zahlen über das starke Anwachsen des

direkten Bezuges der Konsumvereine von den landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Von 1926 bis 1930 waren diese direkten Einkäufe von 26,4 auf 47,4 Millionen gestiegen. Im Jahre 1931 haben sich die direkten Bezüge der landwirtschaftlichen Genossenschaften auf rund 125 Millionen Mark erhöht. Es müsse aber gesagt werden, daß bei aller Landwirtschaftsfreundlichkeit den organisierten Verbrauchern nicht zugemutet werden könne, sich vom Reichslandbund und ihm nahestehenden Parteien politisch dauernd beschimpfen zu lassen. Die Landwirtschaft gefährde auf diese Weise selbst ihr bestes und sicherstes Geschäft.

Die Konsumvereine haben niemals Subventionen oder Kredite des Staates seit ihrem Bestehen in Anspruch genommen. Demgegenüber mußten die landwirtschaftlichen Genossenschaften mit riesigen Staatsmitteln saniert werden; mit den städtischen Kreditgenossenschaften, mit den Großbanken und großen Teilen der Industrie war es ebenso. Als die Krise besonders durch die Arbeitslosigkeit und Lohnabbaumaßnahmen das Elend bei den Konsumvereinsmitgliedern immer größer werden ließ, Spargelder in Massen abgehoben wurden, haben die Konsumvereine im Jahre 1931 zum erstenmal einen gesicherten Reichskredit von 20 Millionen verlangt und nach langem Zögern auch erhalten. Als durch die Notlage von 18 Vereinen die berechtigte Forderung gestellt wurde, die Sonderumsatzsteuer zurückzuerstatten, wurde dieser Antrag abgelehnt.

Der Glanzstoffkonzern.

Alte Sünden verursachen Verluste.

Der führende deutsch-holländische Kunstseidenkonzern Glanzstoff-Aku (Allgemeine Kunstseide-Unie), der jetzt seinen Geschäftsbericht und die Bilanz für 1931 vorlegt, kann von einer Sonderkonjunktur berichten. Die Weltproduktion ist dem Aku-Bericht zufolge auf 215 Millionen Kilo gestiegen, die von dem Weltverbrauch des letzten Jahres mit 217 Millionen Kilo sogar noch übertroffen wird.

Auch die Vereinigte Glanzstoff-Fabriken A.-G. konnte ihre Mengenumsätze im vergangenen Jahr erhöhen und erblickt darin mit Recht einen Beweis für die noch nicht zum Stillstand gekommene Steigerung der Konsummöglichkeiten für Kunstseide-Fabrikate. Wenn trotz dieser günstigen Betriebsentwicklung die Vereinigte Glanzstoff-Werke A.-G.

zum drittenmal seit 1929 einen Millionenverlust ausweist,

so ist das ein Beweis dafür, daß trotz der außerordentlich hohen Sonderabschreibungen, die bereits 1929 vorgenommen wurden, die Bilanz doch noch nicht vollbereinigt ist. Auf die Erklärungen der Verwaltung läßt sich nach den bisherigen Erfahrungen in dieser Hinsicht leider nicht viel geben. Wir möchten nur daran erinnern, daß auf der Generalversammlung im Mai 1929 Generaldirektor Blüthgen die Beteiligungen Glanzstoffs als das finanzielle Rückgrat der Gesellschaft bezeichnete, bei der Aufstellung des Jahresabschlusses für 1929 aber 58,3 Millionen Mark als Verluste abgeschrieben werden mußten,

und zwar überwiegend auf „das finanzielle Rückgrat der Gesellschaft".

die Beteiligungen. Auf der letzten Generalversammlung im Juni 1931 erklärte Herr Blüthgen, daß sich in den Anlagen noch erhebliche stille Reserven befinden. Wir wollen diese Angaben nicht ohne weiteres in Zweifel ziehen, aber es scheint doch, daß diese erheblichen „stillen Reserven" im Verlauf des letzten Jahres ziemlich aufgebraucht sind, denn andernfalls hätte die Glanzstoffverwaltung schon aus Prestigegründen ihren neuen Verlust mit Hilfe der stillen Reserven gedeckt, anstatt jetzt die restlichen Gesamtverluste aus den Jahren 1930/31 in Höhe von 4,7 Millionen Mark auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Tatsache, daß der Glanzstoffkonzern trotz besserer Absatzbedingungen als die übrige Industrie in den letzten drei Jahren nahezu 63 Millionen Mark Verluste ausweisen mußte, die fast sämtlich auf alte Expansionssünden zurückzuführen sind, läßt den riesigen Umfang der Kapitalfehlleitungen in der Glanzkonjunktur der Kunstseide-Industrie erkennen. Es ist gut, sich in diesem Zusammenhang der Börsenkurse für Kunstseideaktien zu erinnern, die eine wilde Spekulation nicht ohne Schuld der Banken zu ihrem Spielball gemacht hatte.

Im Jahre 1928 erreichte Glanzstoff einen Höchstkurs von 868 Proz. und Bemberg einen solchen von 669 Proz., im Jahre 1930 waren die Höchstkurse dieser beiden angesehensten Kunstseide-Unternehmungen auf 190 bzw. 185 Proz. gesunken und zur Zeit stehen ihre Kurse auf 60 bzw. 31 Proz.

Man muß an diese vergangenen Dinge erinnern, denn es wird auch in dem vorliegenden Geschäftsbericht von Glanzstoff wieder über den 25prozentigen Rückgang der Verkaufspreise gejammert, mit dem angeblich die Unkostensenkung nicht Schritt halten konnte. Es ist aber bekannt, daß von Anfang 1929 bis Mitte 1930 die Gestehungskosten bei Glanzstoff um 31 Proz. (!) gesenkt wurden, und daß der Kostenabbau im vergangenen Jahr sich fortgesetzt hat, bestätigt der Geschäftsbericht ausdrücklich. Es ist also reine Spiegelfechterei, den Preisrückgang zu bejammern, denn eine Bilanz der letzten drei Jahre würde beweisen, daß der Kostenabbau den Preissenkungen vorangeeilt ist.

Staatssozialismus in Chile?

Die Folgen der Salpeter- und Kupferkrise.

Die erfolgreiche Revolution in Chile hat eine Regierung ans Ruder gebracht, die im Staatssozialismus die einzige Rettung aus der Wirtschaftskrise sieht.

Chile, ein Land, dessen Fläche etwa doppelt so groß ist wie die Deutschlands, dessen Bevölkerung aber mit 4,3 Millionen die Einwohnerzahl Berlins nur wenig übersteigt, ist derjenige unter den südamerikanischen Staaten, der unter der Weltwirtschaftskrise am meisten zu leiden hat. Das hat seinen Grund darin, daß das ganze Land fast ausschließlich von der Produktion und der Ausfuhr zweier Produkte lebt, von Salpeter und Kupfer (bzw. Kupfererz). Im Jahre 1931 machte die Ausfuhr von Salpeter allein 50 Proz. der Gesamtausfuhr, von Kupfer und Kupfererz 34 Proz. der Gesamtausfuhr aus. Zwar gelang es, die Außenhandelsbilanz unter starker Drosselung der Einfuhr aktiv zu gestalten, aber eine Besserung der verzweifelten Wirtschafts- und Finanzlage wurde damit nicht erreicht.

Der Salpeterabsatz ist nämlich, bei steigender Konkurrenz des künstlichen Stickstoffs und bei der abnehmenden Kaufkraft der Agrarländer, sehr stark gesunken. Die Produktion der Cosach, des Salpetertrusts, in dem die gesamte chilenische Salpetererzeugung zusammengefaßt ist, betrug im Jahre 1931 noch nicht die Hälfte der Vorjahrsproduktion; die lagernden Vorräte sollen aber dem Weltverbrauch von zwei Jahren entsprechen.

Die Marktlage für Kupfer ist bekanntlich nicht besser, und die speziell für chilenisches Kupfer ist durch die Einführung von Kupferzöllen in den Vereinigten Staaten noch besonders verschlechtert worden.

Die steigende Arbeitslosigkeit und der rapide Verfall der Wirtschaft haben die Staatsfinanzen in große Schwierigkeiten gebracht. Mehrfach mußte die Notenpresse helfen, das Staatsdefizit auszugleichen. Vor einem Jahre stellte der chilenische Staat die Zins- und Tilgungszahlungen auf ausländische Anleihen ein. Und vor wenigen Monaten wurde der Goldstandard aufgegeben — der Peso notiert mit 0,25 M. gegen 0,51 M. Goldparität — und die Devisenzwangswirtschaft eingeführt. Der Export wurde dadurch nicht belebt; aber die steigenden Warenpreise haben die Erregung unter den breiten Massen vermehrt.

Was nun Chiles Wirtschaft besonders charakterisiert, das ist die Abhängigkeit vom internationalen Finanzkapital. Die chilenische Industrie ist zu drei Vierteln mit englischem, zu einem Viertel mit amerikanischem Kapital aufgebaut. Die Kupfergruben sind restlos in Händen von Amerikanern, die vielfach die Erlöse für exportiertes Kupfer nicht nach Chile brachten, wodurch zum mindesten die Devisenbilanz Chiles benachteiligt wurde. Die Cosach ist mit einer ausländischen Schuld von 275 Millionen Dollar (1,15 Milliarden Mark) belastet und muß saniert werden.

Diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben seit einem Jahre zu mehreren politischen Umstürzen geführt. Die seit wenigen Tagen an der Macht befindliche Regierung hat den Kampf gegen das nationale und internationale Kapital auf ihre Fahne geschrieben. Sie will die Industrien verstaatlichen, ein Außenhandelsmonopol einführen, zugleich aber die finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Ausland innehalten und das Privateigentum nicht antasten.

Klug kaufen = Wert mit Preis vergleichen = OPEL wählen
Schon von RM 1890 ab Werk

C. P. Kiesgen:

Die jungen Vögel schreien!

Aus Bäumen und aus Sträuchern kreischt und klimpert es, als wären all die grünverborgenen Vogelnester Klingelbeutel voll lebendiger Gold- und Silbermünzen.

Die Sonne prägt und ziseliert in Buchen und Linden Millionen Ovale und Herzen. Sie bügelt wie ein heißes Eisen alle Morgen Blatt für Blatt. Sie hängt die wunderbarsten Valenciennes Spitzen über den Kastanienbaum.

Die öffentlichen Gärten sind die Zuflucht aller, die nach einem Stück vom Paradiese schmachten. Mütter mit ihren Kindern sitzen hier und alte Invaliden und junge Arbeitslose. Hier brauchst du keine Bildermappe, willst du von Käthe Kollwitz Bilder sehen. Raffaels Engel spielen hier im Sand und Michelangelos Sklaven sitzen auf den Bänken neben dir.

Vor mir zappelt im Rasen ein bronzefarbener Laufkäfer mit zerbrochenen Flügeln. Ein junger Star hat den großen Bissen aus seinem Schnabel fallen lassen und schon ist die Mutter hinterher, schlägt den Käfer zwei-, dreimal über den Kopf, greift ihn wieder und ich sehe das Kerbtier über mir in einem großen, gelben Schnabel, der sich aus dem Astloch reckt, verschwinden.

Die Jungen schreien lauter, wenn die Sonne steigt. Sie schreien, daß es aus den Gärten auf die Straßen dringt, die sich wie steinerne Kanäle um die Gärten ziehen. Die Fronten der sich gegenüberstehenden Hotels und Warenhäuser sind wie steile, schroffe Uferfelsen, darum die Brandung der Asphaltkanäle braufend tobt.

Im Licht und Schatten grüner Kuppeln sitzt ein arbeitsloser Zimmermann, der seit Jahren stempeln geht. Er sitzt vor einer spanischen Grammatik . . . sie ist sein Sprungbrett nach Amerika.

Da wirft jemand eine ganze Butterdoppelstulle von etwa fünfzehn Zentimeter Durchmesser und je vier Zentimeter Höhe auf den Rasen. Sogleich entspinnt sich ein wütender Kampf um das Brot. Das Stück Königreich rollt im Grase hin und her. Wie kleine Teufel schlagen sich die Spatzen für Nest und Junge um die Stulle, die mit ihrer gelben Kruste wie eine kostbare Krone im Grase hin und her kullert. — Plötzlich fegt ein Star wie ein Gendarm heran, haut mit seinem langen, gelben Schnabel links und rechts dazwischen, daß es nur so hagelt und daß den Spatzen die Federn fliegen. Dann plustert er sein grüngelbschwarz schillerndes Wams zurecht, krallt seine Zehen in das Brot und schlägt schluckend und würgend in die krumige Scheibe hinein. Immer wieder treibt der Hunger die Spatzen aus den Hecken an das Brot. Sie sitzen wie die Mäuse nach den Krumen, die dem Star beim Schnabelwetzen an der harten Kruste davonfliegen. Unbarmherzig jagt der Star die Hungerleider davon und je zahlreicher sich die Spatzen heranwagen, um so dichter fallen die Schläge.

Dem Schauspiel sahen mit mir eine ganze Reihe Müßiggänger zu.

„Das ist wohl ein sehr nützlicher Vogel?" fragt eine kreidige Stimme neben mir und ein Lorgnon blitzt auf und ab.

Mitten im Würgen und Schlucken haut der Star die Spatzen in die Flucht. Sein Schnabel klebt voll Butter, aber unersättlich schlug er um sich.

Der arbeitslose Zimmermann sah einen Augenblick dem Kampf des Stärkeren gegen die schwächeren Spatzen zu, dann sprang er, obwohl es streng verboten war, mitten auf den gepflegten Rasen. Er griff das Brot, zerbröckelte es gemächlich in seinen Fäusten und wie der Gärtner seinen Samen, so streute er mehrere Hände voll Brosamen im Kreise herum. „Nicht alles für einen, alles für alle" rief er lachend und kam nachdenklich vom Rasen zurück.

Das Schwalbenvolk, das eben noch wie Pfeile nach der Sonne schoß, schrillt plötzlich nahe über die Bäume weg, als würde eine Notbremse gezogen und als wollten eiserne Luftdruckbremsen ein nahendes Unglück verhüten. Ein Sperber fällt wie ein Stein in einen Taubenschwarm, stößt im Zickzack nach und trägt das Opfer seinen Jungen zu, die irgendwo unter einer Turmluke schreien.

Eine junge Frau hat sich gegenüber auf eine Bank gesetzt. Sie breitet eine Stickerei auf ihrem Schoße aus, fädelt ein und stickt. Ich sehe in der Frauenhand den roten Faden, der tief hinein zum Herzen geht und sehe Stich um Stich das Leben mit dem roten Faden aus dem Knäuel rollen. Sie glättet bei der Arbeit immer wieder das Rasenkissen in ihrem Schoß.

Die jungen Vögel schreien lauter als zuvor und von den Türmen hämmert die Zeit.

Ich sehe, wie die Zeiger sich zur Mittagszeit beschwörend wie Arme in die Sonne heben.

Dann steigt und schwillt die Brandung in den steinernen Kanälen wirbelnd hoch. Lauter als junge Vögel schreien Zeitungsjungen und eiliger als aller Vögel Flügelschlag sausen Motore und singen ihr heißhungriges Lied.

Ich fühle mich mit Millionen an die Häuserfronten, die wie steile, schroffe Felsen stehen, angekettet und höre junge Vögel nach mir schreien!

A. L. Woodridge (Hollywood):

Der „Spürhund"

Der neueste Beruf, den die Entwicklung des Tonfilms mit sich gebracht hat, ist der des Geräusche-Detektivs oder — um im Filmjargon zu sprechen — des „Spürhunds" der Geräusche. Er ist ein geheimnisvolles, mit einem Voltameter und anderen Prüfapparaten bewaffnetes Individuum, das man überall dort, wo Tonfilmaufnahmen gemacht werden, umherschleichen sehen kann. Wenn der Tonmixer, der in seinem schallundurchdringlichen Raume die Aufnahmen abhört, ein störendes Geräusch entdeckt, dessen Ursache er nicht sogleich finden kann, dann ruft er den Geräusche-Detektiv. Ist das Geräusch ein bestimmtes, scharf ausgeprägtes Knattern, so wird der Geräusche-Detektiv zunächst die elektrische Apparatur untersuchen und nachsehen, ob sich nicht etwa zwei Drähte verfangen haben und dadurch die störende Induktion bewirken. Trifft diese Ursache nicht zu, so stellt der Geräusche-Detektiv weitere Untersuchungen an.

Es gibt sonderbare Ursachen für die Störung von Geräuschen. Kleider, Spangen, Armbänder, Schuhe, Hüte und andere Toilettegegenstände verursachen oft unerwartete Störungen und müssen durch Posamenterien ersetzt werden, die weder klirren noch quietschen.

Obwohl seit den ersten Tagen des Tonfilms unbotmäßige Schuhe und geräuschvoller Schmuck weit seltener als früher angetroffen werden, wurde eine neue Art von Störung anläßlich der Aufnahmen zu dem Greta Garbo-Film „Die Sühne" entdeckt und erfolgreich bekämpft. Die ersten Szenen waren bereits gedreht worden, als sich die Techniker darüber beklagten, daß überall dort, wo Erich von Stroheim auftrat, ein lästiges knarrendes Geräusch zu hören war. Nachforschungen des Geräusche-Detektivs ergaben, daß dieses unwillkommene Geräusch auf Stroheims Gewohnheit zurückzuführen war, sich, wenn er eine Wendung machte oder stehen blieb, auf seinen Absätzen herumzudrehen. Anstatt den bekannten Charakterdarsteller zu überreden, diese Gewohnheit aufzugeben, legte der Geräusche-Detektiv zwei schalldämpfende Einlagen in Stroheims Schuhe. Mit einem Schlage war das störende Geräusch verschwunden.

In dem Marie Dreßler-Film „Prosperity" war eine Szene, die in einer Bank spielte, aufgenommen worden, als sich der Geräusche-Techniker darüber beklagte, daß das neue Geld, das Fräulein Dreßler in dieser Szene in Empfang zu nehmen hatte, den Dialog fast unhörbar machte. Versuche zeigten, daß das Mikrophon das Rascheln der Banknoten gewaltig verstärkte. Da ein besonderer Grund vorlag, in dieser Szene neue und nicht alte Banknoten zu verwenden, so wurde das Geld geräuschlos gemacht, indem man es zuerst mit Wasser befeuchtete und dann unter einem elektrischen Trockenapparat trocknen ließ. Als man dann die Szene nochmals aufnahm, raschelte das Papier nur gerade noch genug, um zu sehen, daß es sich um neues Geld handelte.

In anderen Fällen wieder sind unerwünschte Geräusche auf die Anwesenheit ungebetener „Extras" zurückzuführen. Kürzlich wurde eine der dramatischsten Szenen von O'Neills „Seltsames Zwischenspiel" gedreht. Norma Shearer und Clark Gable wurden durch ein besonders durchdringendes Geräusch überrascht, das von keinem der Anwesenden ausging. Dem Geräusche-Detektiv kam der Laut vertraut vor, und als er hinter eine Mahagonikommode kroch und dort eine kalifornische Grille entdeckte, war die Ursache klar.

Anläßlich der Aufnahmen zu der zart-melodramatischen Szene eines anderen Films hatte sich eine Katze auf die Bühne geschlichen, bevor man die Außentüre hatte schließen können. Als nun einer der Darsteller mit einem Revolver bedroht wurde, brachte die mitfühlende Katze ein langes, mitleidiges Miauen hervor. Die Kurbeln kamen zum Stillstand und alles lief auf die Katze zu, die auf einen Deckenbalken flüchtete. Eine halbe Stunde lang konnte man sie nicht fassen, auch der Geräusche-Detektiv konnte nicht helfen. Der anwesende Zimmermann, der besonders lange Arme hatte, wurde der Held des Tages: er stieg auf eine Leiter und fing den unbotmäßigen Besucher endlich ein.

Einer der amüsantesten Vorfälle ereignete sich in der ersten Periode des Tonfilms, als eine kurze Szene in einem New-Yorker Atelier aufgenommen wurde und ein merkwürdiges klapperndes Geräusch, das die Handlung immer wieder unterbrach, schließlich auf ein falsches Gebiß zurückgeführt wurde, das im Munde seiner Trägerin nicht ordentlich saß. Damals gab es noch keinen „Spürhund" der Geräusche. Aber, wenn es auch einen gegeben hätte, wäre nicht er, sondern ein Zahnarzt in diesem Falle von Nutzen gewesen.

Mit der Vervollkommnung der Tonfilmapparatur hat es sich ergeben, daß die meisten störenden Geräusche von innen her und nicht von außen kommen. Das mag auch darauf zurückzuführen sein, daß man heute Geräusche wie das des Windes, der sich in einem Kleide verfängt, oder eines von einem Baume herabfallenden Astes zu den „zulässigen" Geräuschen zählt. In den ersten Tagen des Tonfilms brachten Automobile und Aeroplane sehr oft störende Einwirkungen mit sich; aber heute sind die für Aufnahmen bestimmten Grundstücke so sorgfältig gewählt und die Behörden haben allen Verkehr so gründlich aus ihrer Nähe abgelenkt, daß sich derartige Störungen kaum mehr ereignen.

Friedrich Gentz

Der Soldschreiber der europäischen Gegenrevolution

Zu seinem 100. Geburtstag / Von Hermann Wendel

Durch Jahr und Tag nach dem Wiener Kongreß von 1815 heftete sich der Fluch aller Deutschen, deren Herz für die Freiheit und Einheit des Vaterlandes und für die Entwicklung der Menschheit schlug, an den Namen Friedrich Gentz, denn war Metternich die Tat, so sein bekannter Hofrat das Wort, das die Tat, die Untat schmückte, lobte und pries. Dabei wurde es dem Sohne des Breslauer Münzdirektors nicht an der Wiege gesungen, zu welchen Höhen er steigen, in welche Tiefen er stürzen sollte. Der 1764 Geborene wuchs als ein rechtes Kind des Zeitalters der Aufklärung heran, schwärmte für Rousseau und saß 1783 bis 1785 als Königsberger Studiosus zu den Füßen Kants. Als denn 1789 die Kunde vom Bastillensturm kam, nahm sie der junge Gentz, der inzwischen nach dem Rat und Beispiel seines Vaters in den preußischen Staatsdienst getreten war, ebenso begeistert auf wie die Blüte des deutschen Bürgertums überhaupt. „Das Scheitern dieser Revolution", meinte er, „würde ich für einen der härtesten Unfälle halten, die je das menschliche Geschlecht betroffen haben".

Aber von 1791 auf 1792 verwandelte sich der Lobredner der Bewegung des Dritten Standes in ihren verbissensten Gegner. Viele schrieben diesen Gesinnungswechsel dem Einfluß von Burkes „Betrachtungen über die französische Revolution" zu, die Gentz aus dem Englischen übersetzte und herausgab, derart, daß hier Heines Vers zuträfe:

O, das tut das viele Lesen
Jener Schlegel, Heller, Burke —
Gestern noch ein Held gewesen,
Ist man heute schon ein Schurke.

Aber mehr als alle Bücher der Welt trug sein Verkehr zu seiner politischen Häutung bei. Gerade um 1791—92 fand er Eingang in die sogenannte vornehme Welt, in diplomatische Kreise, in die Hofgesellschaft; das leichte und lockere Leben in dieser Sphäre mit Wein, Weibern, Würfeln bestach den Beamten- und Bürgerssohn, und da er, nach seinem eigenen Wort „das erste aller Weiber", für äußere Reize mehr als empfänglich war, färbte sein Umgang seine Gedanken, und erst recht, als er sich samt seiner gewandten Feder 1802 der Wiener Regierung verkaufte und fortan aus dem Geplauder mit Erzherzögen und Prinzen, Generalen und Ministern, Gräfinnen und Fürstinnen nicht mehr herauskam.

Wie bisher in Preußen, so ließ Gentz jetzt in Oesterreich im Namen einer sittlichen Ordnung, die das Haus Habsburg vertrat, Pech und Schwefel auf die Revolution regnen. Die Erstürmung der Bastille war ihm jetzt ein verbrecherischer Pöbelaufstand, der 21. Januar 1793 wegen der Hinrichtung Ludwigs XVI. der unseligste Tag des Jahrhunderts, und da er in seinen Alpdruckträumen die Revolution „vom Rhein bis an die Weichsel und vom Po bis an die Karpathen fortschreiten" sah, rief er in Artikeln und Staatsdenkschriften wie in den österreichischen Kriegsmanifesten von 1809 und 1813 Europa zum Widerstand gegen die französische Ausdehnungspolitik auf. Gelegentlich wagte er dabei von deutscher „Nationalgröße" zu reden, aber nationalen Geistes hatte der keinen Hauch verspürt, der über „das sogenannte Volk" höhnte und die Aufopferung der Nation während der Befreiungskriege mit dem Satz schändete: „Die Fürsten und ihre Minister und ihre Feldherren haben das Größte verrichtet". Auch daß er dem Götzen des europäischen Gleichgewichts fanatisch diente, erschien als eitel Heuchelei, denn Napoleon war ihm nur deshalb ein Unhold, weil sich die Revolution in ihm verkörperte. Das „gesellschaftliche System" des Erdteils galt es zu verteidigen, eine „Ordnung", in der eine dünne Oberschicht auf Grund vererbter Privilegien die Massen der Untertanen in alle Ewigkeit striegelte und kuranzte.

Aus diesem und keinem anderen Grunde hätte er nach dem Wiener Kongreß gerne Europa in ein Gefrierhaus verwandelt, um den außen- und innenpolitischen Zustand des Jahres 1815 durch Erstarrung zu konservieren. Da ihm die Welt im Lot dünkte, forderte der Soldschreiber des Metternichschen Regimes frohen Muts den Spruch der Zukunft heraus, ob je ein politisches System bessere Grundlagen und würdigere Garantien gehabt habe; ohne Unterlaß eiferte er gegen die „Phantome von Volkssouveränität, von Mündigkeit der Nation, von der Supremate des Verstandes über jedes ihm aufgedrungene fremde Gebot"; wieder und wieder kehrte er sich gegen die demokratischen Forderungen als gegen „verderbliche und tödliche Lehren, die allenthalben Zerstörung und Aufruhr, inneren und äußeren Krieg, blutige Anarchie, alle Greuel der blinden Gewalt, die Herrschaft aller Verbrechen, den Umsturz der Gesellschaft verkündigen und unausbleiblich hervorrufen". Alle Maßregeln, die auf rohe Unterdrückung jeder freien politischen Regung in Deutschland ausgingen, die Karlsbader Beschlüsse, die Einsetzung der Mainzer Zentraluntersuchungskommission, die Verfolgung der Burschenschaften riet Gentz an, brachte Gentz in Form, verherrlichte Gentz, und worum es sich dabei seitab aller blechernen Phrasen von Ruhe, Ordnung und Sittlichkeit handelte, verriet er dem englischen Sozialreformer Owen ungescheut: „Wir wünschen nicht, daß die große Masse wohlhabend und unabhängig werde; wie könnten wir sie sonst beherrschen!"

Sah der Dichter Hebbel in Gentz „unser vielleicht größtes politisches Talent", so glich der Mann, der von sich bekannte: „Seit sechs Monaten sind Welten in mir unter- und Welten in mir aufgegangen", sicher keinem durchschnittlichen Federfuchser. Ueber das Gewöhnliche hinaus war er gewitzt, gewandt, geschult und zudem von der Natur mit besonderen Genußorganen für die leiblichen und geistigen Reize des Lebens ausgestattet. Er schwelgte in einem ausgesprochenen Schlemmerdasein, gab denkwürdige Gastmähler, huldigte der irdischen und himmlischen Liebe, so daß noch der Sechsundsechzigjährige in den Armen der Tänzerin Fanny Elßler selig ward, aber er vergoß auch Tränen über Goethes „Iphigenie" und badete mit Wollust in den „melancholischen süßen Gewässern" der Heineschen Lyrik. Auch schrieb er ein Deutsch, auf das sich der Citle mit Fug viel einbildete, klar und klingend, einfach und durchsichtig, fest und geschlossen, würdig und edel, eine — wie Varnhagen lobt — „wundervolle Prosa". Aber verdient der in der Tat den Titel eines bedeutenden politischen Talents, der zwar auf allen Hintertreppen der Diplomatie Bescheid wußte, doch von den wahrhaft bewegenden Kräften des Zeitalters auch nicht eine erkannte und unwirkliche Konstruktionen zum Maßstab seiner Betrachtungen nahm? Seine innenpolitische Stabilität, sein außenpolitisches Gleichgewicht — Sandburgen waren es, die ein spielendes Kind am Strand aufrichtet; 1830 kam die Flut der Juli-Revolution und schwemmte sie fort; am Abend seines Lebens, das am 9. Juni 1832 erlosch, bedrückte ihn auch mal das bittere Bewußtsein, daß er einer neuen Welt täglich fremder gegenüberstehe und daß die Frucht vierzigjähriger Arbeit dahin sei.

Aber zur wahren Größe fehlte ihm vor allem die sittliche Größe. Nicht weil er gern ohne den Umweg übers Standesamt mit weiblichen Wesen zu Bett ging, nicht weil er ein Spieler, ein Verschwender, ein Lebemann, ein lockerer Zeisig war. Aber der Scharfsichtige kannte die zum Untergang verurteilte Gesellschaft, die er verteidigte und verherrlichte, zu gut, um sie nicht zu verachten. Daß die Welt von unfähigen Wichtigmachern und kalten Schurken regiert wurde, und daß er gleichwohl das Hochkommen einer besseren Ordnung verhindern half, ließ ihn auch sich selber verachten, es ekelte ihn schließlich vor den Menschen, und manchmal hatte er ein mephistophelisches Behagen daran, wenn die großen Dinge schief gingen. Nur eines behielt für ihn nach wie vor seinen Wert: Geld, Geld, Geld! Er bekam und nahm von allen Seiten, von allen Kabinetten, von allen Höfen; englische Pfunde, französische Franken, preußische Taler, österreichische Gulden, russische Rubel, türkische Piaster — ihm galt es gleich, und mit fast naiver Schamlosigkeit streckte er die Hand aus, wenn er nicht genug erhielt, „ein", wie der preußische Minister Bernstorff urteilte, „sehr vornehmer, vielfach verwöhnter und bedürfnisreicher Bettler". So waren die Gefühle gegenseitig: die er verachtete, verachteten ihn auch.

Sollte indes dies trotz aller blendenden Gaben so kleine Soldschreiber der Gegenrevolution von damals nicht für die nutzbar zu machen sein, die heute im Zeichen des Hakenkreuzes eine ähnlich schändliche Gegenrevolution vorbereiten? Aber ja doch! Ein wohlwollender Herausgeber seiner Schriften preist sie als Fundamente „einer echt deutschen Staatslehre" an, und von Gentz selber stammt ein Wort, das auch auf dem Mist von Braunau gewachsen sein könnte: „Alles Unglück in der modernen Welt kommt, wenn man es bis in seine letzten Gründe verfolgt, offenbar von den Juden her." Aber da Geld nicht riecht, spendete der Entdecker dieser „Erkenntnis" reichen jüdischen Bankiers wie Rothschild und Herz für fette Honorare aus dem Schatz seiner Erfahrungen, und ließ sich auch von der österreichischen Judenschaft etliche tausend Dukaten in die Hand drücken, weil er sich auf dem Wiener Kongreß um ihre bürgerliche Rechtsstellung kümmerte. Das rundet das Bild dessen ab, den der Freiherr vom Stein verwerfend einen Menschen „von verfaultem Gehirn und verfaultem Charakter" nannte.

Arabische Sprichwörter

Wenn die Menschen gerecht wären, hätte der Richter Ruhe, und jeder wäre mit seinem Nachbarn zufrieden.

*

Gib deinem Bruder eine Dattel, wenn er sie ablehnt, ein Stück Feuer.

*

Wer sich besinnt, genießt und erreicht, was er sich wünscht.

*

Die Hetze ist vom Teufel, und die Besonnenheit ist von Gott.

*

Ein Paradies ohne Menschen ist ungenießbar.

*

Die Leiden der einen sind die Freuden der andern.

*

Morgen ist nahe demjenigen, der ihn erwartet.

*

Jeder Hahn kraht auf seinem Misthaufen.

*

Dein Bruder ist derjenige, der dir die Wahrheit sagt.

(Zusammengestellt von Erna Büttner.)